

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Telčanska 16 • Tel. 26793, 31469, Nachred. (ab 21 Uhr): 33535 • Postk. 57544

12 Jahrgang.

Donnerstag, 15. September 1932

Nr 218.

Ein General

soll die deutsche Jugend kommandieren.

Berlin, 14. September. Das Reichswehrministerium hatte bereits seit geraumer Zeit die Absicht kundgegeben, die verschiedenen Wehrverbände, die sich mit der körperlichen Erziehung der Jugend befassen, in eine Spitzorganisation zusammenzufassen und sie der Aufsicht des Ministeriums zu unterstellen.

Heute haben nun diese Bestrebungen nach einer „vormilitärischen Erziehung“, wie diese Angelegenheit in anderen Staaten genannt zu werden pflegt, zu einem Erlaß des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister geführt, in dem unter allerhand Phrasen über die notwendige Stärkung der deutschen Jugend die Errichtung eines Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung angeordnet wird. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist formell der Reichsinnenminister; geschäftsführender Präsident ist jedoch ein pensionierter Reichswehrgeneral von Stülpnagel.

Das Kuratorium soll hauptsächlich den „Geländesport“, also wohl vormilitärische Spiele, pflegen. Im Etat steht ein Betrag von 15 Millionen Mark aus dem Titel der Jugendertüchtigung zur Verfügung.

Die Wurmimie als Argument.

Augsburg, 14. September. Auf das Anweisen des Amtsanwaltes beim Weihenborner Amtsgericht, Inspektor Weber, wurde heute gegen halb 1 Uhr nachts eine Wurmimie geworfen. Die Explosion richtete großen Schaden an; verletzt wurde jedoch glücklicherweise niemand. Die Wurmimie war 7,5 Zentimeter lang und wurde mittels einer zwei Meter langen Zündschnur zur Explosion gebracht. Die Hauswand hat ein recht großes Loch davongetragen. Die Erschütterung war auch in den umliegenden Straßen zu spüren. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Anhaltspunkt geführt.

Politischer Mord?

Potsdam, 14. September. In der Rappellallee wurde gestern abends der Arbeiter Walter Weisner aus Bornim mit einem schweren Brustschuß, lebensgefährlich, getroffen. Im Krankenhaus ist er heute früh gestorben. Nach Feststellungen der Wortkommission handelt es sich wahrscheinlich um einen politischen Mord. Weisner war früher Kommunist und ist dann zur nationalsozialistischen Partei übergetreten. Zwei Männer stehen in dem Verdacht, die Tat begangen zu haben.

Zuchthaus für politischen Totschlag.

Wuppertal, 14. September. Das Sondergericht verurteilte in der vergangenen Nacht nach 14tägiger Verhandlung zwei Kommunisten zu sieben Jahren 6 Monaten und vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 10. Juni einen Nationalsozialisten durch Schüsse getötet und zwei verletzt. Das Gericht nahm Totschlag in dem einen Falle und Totschlagsversuch in den beiden anderen Fällen an und erklärte bei der Urteilsverkündung, nach der Notverordnung vom 9. August wäre die Tat wahrscheinlich mit dem Tod zu sühnen gewesen.

Hochverratsschnüffler.

Kommunistische Geheimdruckerei in Berlin ausgehoben.

Berlin, 14. September. Der Polizeipräsident teilt mit: Der politischen Polizei gelang es im Laufe des heutigen Tages, eine kommunistische Geheimdruckerei, in der ein Ersatzblatt für die „Rote Fahne“ hergestellt wird, auszuhoben. Dabei wurden mehr als 50.000 bereits fertiggestellte Exemplare der „Roten Sturmflagge“ beschlagnahmt. Sieben Personen wurden noch bei der Druckerarbeit von den Beamten überrascht, festgenommen und der Abteilung I eingeliefert. Einer der Festgenommenen versuchte sich seiner Einlieferung dadurch zu entziehen, daß er beim Transport aus dem in voller Fahrt befindlichen Personentransportwagen heraussprang und fortlief. Den Beamten gelang es jedoch noch, den Flüchtigen wieder einzufangen. Der Inhalt des beschlagnahmten Blattes soll hochverräterischen Charakter tragen; er fordere zum Massenstreik auf und beschimpfe in bisher unerreichter Weise Regierung und Staatsbeamte. Als Druckvermerk ist eine nicht existierende Firma in Düsseldorf angegeben. Die Druckerei ist polizeilich geschlossen. Ein Strafverfahren wegen Hochverrats wird gegen die Festgenommenen eingeleitet.

Auf- oder Abrüstung? Verhandlungen zwischen den Alliierten.

Paris, 14. September. Heute abends tritt der Kabinettsrat zusammen, der sich u. a. mit dem internationalen Widerhall der französischen Antwortnote auf das deutsche Memorandum befassen wird. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Verhandlungen mit der englischen und der amerikanischen Regierung auf gutem Wege sind und daß diese beiden Regierungen darüber sehr bald Beweise erbringen werden.

Was die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz und die Fortsetzung der Konferenzarbeiten betrifft, wird an zuständigen französischen Stellen erklärt, daß die Konferenz ganz gut ihre Arbeiten ohne Deutschland fortsetzen könne, da die Beschlüsse der Konferenz nicht jene Staaten betreffen werden, deren militärische Kräfte durch die Friedensverträge beschränkt wurden.

Große Aufmerksamkeit wird den Artikeln Hendersons in der „News Chronicle“ und den drei Prinzipien beigelegt, die nach seiner Ansicht zum Ziele führen können:

1. der Resolution Simons über die qualitative Abrüstung,
2. dem Antrag Hoovers über eine allgemeine Abrüstung um ein Drittel,
3. der Vertiefung des Gleichheitsprinzips der Statute zwischen den Siegern und den besiegten Staaten.

Obwohl erste Verhandlungen über dieses dritte Prinzip von dem Standpunkte Deutschlands bei den künftigen Abrüstungsberatungen abhängen würden, wird in Linkskreisen angedeutet, daß Frankreich bereit wäre, Deutschland in der

Frage der Gleichberechtigung moralische Genugtuung zu geben.

Bescheidung der Bürositzung durch Deutschland noch ungewiß

Berlin, 14. September. Ueber die Frage der deutschen Beteiligung an dem Büro zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und die um dieses Büro zu entsendenden Delegierten ist noch keine endgültige Entscheidung gefällt.

England sucht ein Kompromiß.

London, 14. September. Ueber die Form einer britischen Intervention in der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheit wegen der Abrüstungsfrage haben gestern, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, Macdonald, Sir John Simon und Beamte des Foreign Office Beratungen abgehalten. Es solle versucht werden, eine geeignete Formel auszuarbeiten, um die deutsche Forderung nach gleicher Rechtsstellung mit der französischen Forderung nach praktischen Sicherungen gegen eine umfangreiche Aufrüstung der ehemaligen Feindmächte in Uebereinstimmung zu bringen.

In britischen amtlichen Kreisen werde hervorgehoben, daß der Völkerbundrat nicht die zur Führung der Verhandlungen am besten geeignete Körperschaft wäre. Die hierzu berufene Körperschaft würde umfassen die Haupturheber des Versailler Vertrages und Deutschland, d. h. Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Vereinigten Staaten, wozu allenfalls noch Belgien und, falls es dies wider Erwarten wünscht, Japan kommen würde.

Verfassungskonflikt verschärft. Kommunistisch-hakenkreuzlerische Koalition im Ueberwachungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Konflikt zwischen dem Ueberwachungsausschuß und der Reichsregierung wegen des Nichterscheinens der Minister vor dem Ausschuß ist auch heute zu keiner Lösung gekommen. Der gestrige Beschluß des Ueberwachungsausschusses, der im Gegensatz zu der Auffassung der Reichsregierung an der Rechtmäßigkeit der letzten Reichstagsabschlüsse festhielt, ist lediglich mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten zustande gekommen, während die übrigen Parteien den Standpunkt vertreten, daß die Abstimmungen tatsächlich erst nach der Auflösung vorgenommen worden sind.

Die Reichsregierung läßt mitteilen, daß sie nicht beabsichtige, den in dieser Richtung mit den Funktionären des aufgelösten Reichstages geführten Briefwechsel fortzusetzen, und verlangt nach wie vor als Voraussetzung für ihr Erscheinen im Ueberwachungsausschuß eine entsprechende Erklärung des Reichstagspräsidenten.

Das letzte Schreiben Görings an Hindenburg wurde vom Staatssekretär Weisner mit folgendem Brief beantwortet:

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Der Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben läßt Ihnen der Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag noch gefassten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

Wie schon gemeldet, hat Hindenburg den Umweg über den Staatssekretär Weisner gewählt, weil er sich durch die unhöfliche Form des vorausgegangenen Briefes Görings beleidigt fühlte. Heute wurde jedoch festgestellt, daß bei solchen offiziellen Mitteilungen an den Reichspräsidenten besondere Höflichkeitsfloskeln nie üblich waren und Göring also korrekt gehandelt habe. Die Reichskanzlei hat sich dieser Auffassung angeschlossen, womit wenigstens dieser Zwischenfall erledigt erscheint.

Im Ueberwachungsausschuß ergab sich heute eine wesentliche Verschärfung der Situation durch den Antrag, den Ausschuß als Untersuchungsausschuß zu konstituieren und den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Staatssekretär der Reichskanzlei, den Reichstagspräsidenten und die Schriftführer als Zeugen zu laden, um eine Aufklärung der Vorgänge in der Reichstagsitzung herbeizuführen.

Der Sozialdemokrat Marum erklärte hierzu, daß für die Entscheidung der Frage, ob die Abstimmung des Reichstages vom 12. September staatsrechtlich wirksam sei, die Klärung der Vorgänge in der Sitzung belanglos sind, weil von allen Seiten anerkannt werde und feststehe, daß der Reichstag bereits vor Beendigung der Abstimmung rechtswirksam aufgelöst war. Eine Beweiserhebung über die Vorgänge in dieser Sitzung sei also überflüssig. Auch das Zentrum schloß sich dieser Anschauung an.

Daraufhin wurde der Antrag auf Zeugeneinvernahme von dem Antragsteller, der der bayerischen Volkspartei angehört, zurückgezogen, aber von den Kommunisten und Nationalsozialisten wieder aufgenommen und noch dahin ergänzt, daß auch Abgeordnete, Journalisten und Zuschauer dieser Sitzung als Zeugen einvernommen werden sollen.

Diese Anträge wurden dann von einer aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestehenden Mehrheit gegen die Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Der Vorsitzende Löbe erklärte es deshalb für notwendig, ihm die Anberaumung der nächsten Sitzung zu überlassen, da für die Zeugeneinvernahme gan; bestimmte Fristen eingehalten werden müßten.

Die Reichsregierung läßt hierzu mitteilen, daß sie noch nicht zu der Frage Stellung genommen habe, die in den Beratungen des Ueberwachungsausschusses angeschnitten ist, daß nämlich nach der Verfassung die beiden ständigen Ausschüsse das Recht hätten, sich als Untersuchungsausschüsse zu konstituieren, und dann in dieser Eigenschaft die Mitglieder der Reichsregierung vorzuladen könnten.

Wo bleibt das Parlament?

Die halbamtliche Korrespondenz der Presseabteilung des Ministerratspräsidiums hat vor einigen Tagen eine verblüffende Entdeckung gemacht. Sie begründet nämlich die Verzögerung in der Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit in höchst einfacher Weise damit, daß nach einer alten, noch im Wiener Reichsrat wurzelnden Tradition die Herbstsession gewöhnlich erst im Monate Oktober begonnen wurde. Wir, die nicht so an der altösterreichischen Tradition haften, wie dies die Presseabteilung des Ministerratspräsidiums ansehend tut, würden auf diese überflüssige Neuerung einer auch sonst überflüssigen Korrespondenz gar nicht reagieren, wenn sie nicht offensichtlich von agrarischer Seite inspiriert wäre. Denn auch die Agrarier haben es mit der Ausnahme der parlamentarischen Arbeiten ganz und gar nicht eilig. Zwar haben sie erst vor wenigen Tagen ein ganzes Bündel von Forderungen an die Gesetzgebung angemeldet, zwar werden ihre Postulate Tag für Tag in den verschiedensten Variationen in der agrarischen Presse abgewandelt, zwar wurden wir erst durch den samstägigen Leitartikel des „Bentov“ in einem selbst für dieses Blatt ungenötigtlich anmaßenden Tone darüber belehrt, daß nur in der agrarischen Partei Leben und Bewegung, dagegen sonst überall Marasmus und Kirchhofruhe herrsche, aber wir hören und sehen nichts davon, daß diese lebendige und allein aktionsfähige Partei, die für sich die Führung des Staates in Anspruch nimmt, irgend etwas täte, um auch nur die parlamentarische Regie zu führen. Im Gegenteil, selbst der bescheidene Versuch, wenigstens die Wohnungskommission in Tätigkeit zu setzen, ist von den Agrariern unter durchsichtigen Vorwänden sabotiert worden. Es muß den Agrariern mit aller Klarheit gesagt werden, daß es so nicht weiter geht.

Ende August ist die Zahl der Arbeitslosen nach ungenügender Saisonentlastung wieder gestiegen. Die Börse ist seit einigen Wochen in Jubelstimmung, aber von einer wirklichen Belebung der Wirtschaft ist nichts zu spüren. Die Wintermonate rücken heran und niemand kann darüber im Zweifel sein, daß es furchtbar harte Wintermonate sein werden, Monate der Massenarbeitslosigkeit und des größten Elends, Monate, die niemand, der seiner Verantwortung bewußt ist, mit verwehrten Armen an sich herankommen lassen darf.

Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde. Unsere bürgerlichen Parteien scheinen die schicksalsschwere Bedeutung dieses Problems noch immer nicht erfasst zu haben. Immer wieder erhalten wir Belehrungen über den Vorzug der produktiven vor der unterstützenden Arbeitslosenfürsorge, aber zugleich verhindern die Agrarier die Beschlußfassung über die Krisenabgabe, aus welcher der produktiven Arbeitslosenfürsorge Mittel zufließen sollen. Immer wieder hören wir Jeremiaden über die mangelnde Kontrolle, die vielleicht da und dort auf Kosten eines armen Teufels der Staatskasse eine Anweisung auf zehn Kronen ersparen könnte, aber für die ungeheure Vergeudung von Werten, die aus der mangelnden Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten entsteht, hat das Bürgertum keinerlei Verständnis. Die große Aufgabe wird überhaupt nicht gesehen.

Der Minister für soziale Fürsorge hat längst den Kern des Problems aufgezeigt. Das von ihm geleitete Amt hat längst, in einer ganzen Reihe von ausgearbeiteten und verhandlungsreifen Entwürfen, die Anregungen zu energischer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben. Das Problem der Arbeitslosigkeit verliert heute die ganze Welt längst haben nicht nur die Arbeitervertreter

Bergarbeiterkongress für Sozialisierung der Gruben.

London, 14. September. Wie der Sekretär des seit gestern in London tagenden 13. Kongresses der Internationalen Bergarbeiterföderation mittelst, sind Resolutionen in Vorbereitung, die eine Verstaatlichung der Bergwerke sowie die baldige Ratifizierung der internationalen Arbeitsstundenkonvention fordern. Der Sekretär fügte hinzu, die Bergarbeiter sollten sich auch der internationalen Bewegung zugunsten der 40-Stundenarbeitswoche anschließen.

und die Sozialpolitiker, sondern auch die Industriellen und die bürgerlichen Ökonomen erkannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung selbst die praktische Lösung dieser Frage erzwingt, aber bei uns haben die bürgerlichen Parteien kein anderes Interesse, als ihrer bloßen Erörterung aus dem Wege zu gehen. Die Organisation des Arbeitsmarktes, international als notwendig anerkannt, soll durch die Einrichtung der obligatorischen Arbeitsvermittlung in Angriff genommen werden, aber an Kleinlichen Sonderwünschen der Agrarier und Nationaldemokraten ist sie bisher gescheitert.

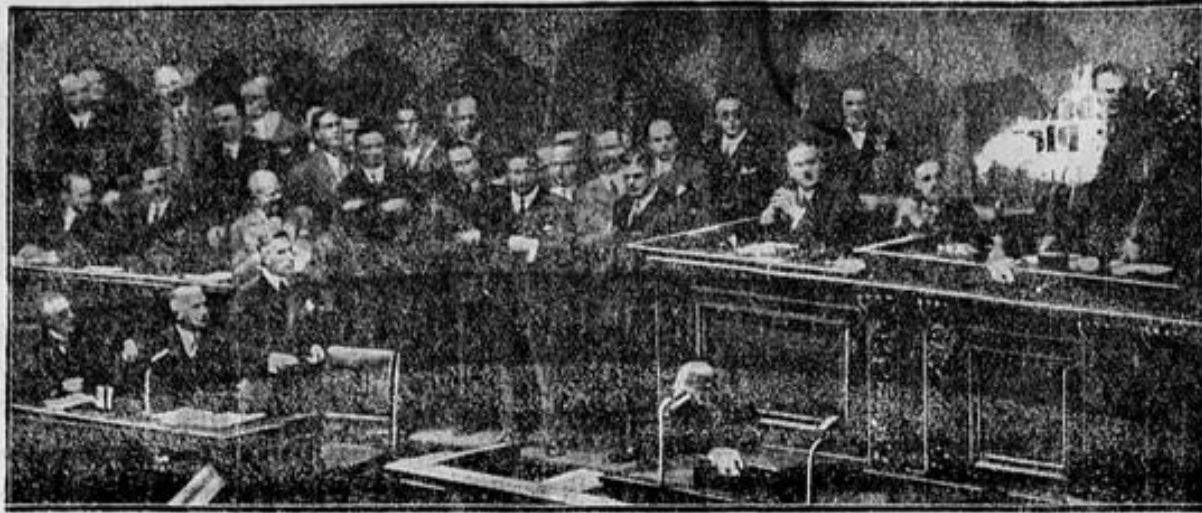
Wie kleinlich und kurzfristig ist auch der Standpunkt des Bürgertums in der Wohnungsfrage! Immer stehen die Hausbesitzer im Mittelpunkt der Betrachtung, als ob sich darin das Problem erschöpfe, als ob nicht durch planmäßige Gestaltung der Wohnungswirtschaft und systematische Förderung der Bautätigkeit nicht nur das kulturelle und gesundheitsliche Niveau des ganzen Volkes gehoben, sondern auch tausenden und zehntausenden fleißiger Hände Arbeit verschafft werden könnte!

Die Finanzen der Selbstverwaltung sind in größter Not. Mit Grauen sehen die Verwalter der Gemeinden dem kommenden Winter entgegen. Unzählige nützliche Arbeiten könnten geleistet, wertvolle Einrichtungen geschaffen werden, ungeheures Elend könnte so gelindert werden, wenn den Gemeinden nur die Aufnahme von Darlehen ermöglicht würde. Aber die bürgerlichen Parteien sehen ruhig zu, wie die Beschaffung von Arbeit, selbst dort, wo sie wirtschaftlich noch möglich wäre, bürokratisch verhindert wird.

Die Investitionstätigkeit des Staates leidet unter der finanziellen Not. In dieser Situation streiten die bürgerlichen Parteien darum, ob die parlamentarische Ersparungskommission das Recht haben soll, Zeugen einzuberufen, aber die große Aufgabe, die öffentlichen Mittel vor allem produktiven, arbeitsschaffenden Zwecken zuzuführen, die nicht minder große Aufgabe, die arbeitshemmende bürokratische Schwereffizienz und Lebensfremdheit zu überwinden, wird von den bürgerlichen Parteien völlig übersehen.

Auf diese Aufzählung noch verlängert werden, etwa durch den Hinweis auf die Handelspolitik, die der agrarische Starrsinn geradezu erschlagen hat, um zu zeigen, daß die so lebendige, so initiative, daß die führende agrarische Bewegung in Wirklichkeit drauf und dran ist, das politische Leben vollständig lahmzulegen, und das in einer Zeit, die höchste Aktivität erfordert? Es ist hoch an der Zeit, daß dieser Bann gebrochen wird. Hier hat das Parlament seine Aufgabe zu erfüllen. Nicht darauf kommt es an, daß so und soviel Paragraphen in so und soviel glatten Abstimmungen erledigt werden, sondern daß die Körperschaft, die den Willen des Volkes verkörpert, zu den brennenden Problemen Stellung nehmen, seine Meinung sagen, seine Initiative entfalten, die Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und so der Regierung für ihre Arbeit, nicht nur für die legislatorische, sondern auch für die Verwaltungstätigkeit Richtlinien geben und den Weg weisen kann.

Wir Sozialdemokraten sind eine Minderheit im Parlament. Wir wissen, daß wir nicht die Macht haben, alle unsere Forderungen durchsetzen zu können, daß wir hart um sie ringen, daß wir uns vielfach mit Kompromissen abfinden müssen. Aber der Kampf und das Ringen um das Kompromiß und selbst noch die bloße Kritik, die nicht einmal unmittelbar wirksam wird, sind besser und nützlicher als die traurige Untätigkeit, in welche die Verhandlungsunfähigkeit der größten Regierungspartei die parlamentarischen Körperschaften verjagt hat. Darum werden die Agrarier gut daran tun, in der Selbstbeweihräucherung ein wenig innezuhalten und lieber dafür zu sorgen, daß das Parlament raschestens zusammentreten kann. Laßt das Parlament arbeiten und dann wird die Bevölkerung ja sehen und selbst urteilen können, wer auf seinem Boden ihren Interessen dient!



Die Auflösung des Reichstags.

Der Höhepunkt der Sitzung

war der Moment, den der Bildberichterhalter hier festgehalten hat: Reichskanzler von Papen (links) meldet sich zum Wort, während der Reichspräsident Göring und die Schriftführer sich von ihm abwenden. Da der Kanzler nicht zum Reden kommt, legt er das Auflösungsdekret auf den Tisch des Präsidenten und verläßt mit der Regierung den Sitzungssaal. Neben dem Reichskanzler Reichsaußenminister von Neurath und Reichsinnenminister von Gayl.

Der Volkssportprozeß beendet.

Der Staatsanwalt verzichtet auf eine Replik. — Urteil am 24. September.

Brünn, 14. September. (Eigenbericht.) Nach 26 Verhandlungstagen wurde heute der Volkssportprozeß geschlossen, obwohl allgemein mit einer Dauer der Verhandlung bis zum Ende dieser Woche gerechnet worden war. Der vorzeitige Verhandlungsschluß ist auf das Verhalten des Staatsanwaltes zurückzuführen, der zur nicht geringen Ueberraschung darauf verzichtete, auf die tagelangen Plädoyers der Verteidiger auch nur mit einem Worte zu reagieren, nicht mehr replizierte und so auch den Verteidigern die Möglichkeit weiterer Auseinandersetzungen nahm.

Die ganze heutige Verhandlung wurde von der

Schlussrede des Hauptverteidigers Dr. Dembiski

ausgeführt, die neben einer Unteruchung der juristischen Grundlagen der Anklage einige nicht uninteressante Bemerkungen politischer Natur über die nationalsozialistische Partei enthielt. Dr. Dembiski selbst gehört zwar der NSDAP nicht an, doch muß wohl angenommen werden, daß er als Hauptverteidiger im Volkssportprozeß ausreichenden Einblick in das Getriebe der Partei gewonnen haben dürfte, so da die Mitteilungen seines Plädoyers nicht bloß als Mutmaßungen eines Privatmannes betrachtet werden können.

Er anerkennt, erklärte Dr. Dembiski, das Recht des Staates auf Gegenwehr gegen staatsfeindliche Elemente. Allein die Angaben und Deduktionen von Polizeikonfidenten dürften noch nicht die Grundlage eines Hochverratsprozesses bilden. In dem vorliegenden Falle seien die Voraussetzungen um so bedenklicher, als der Leiter der Polizeiaktion Dr. Preininger erst seit dem 1. Jänner 1931 im Dienste der Polizei stehe und selbst angegeben hätte, die Verhältnisse im deutschen Lager nicht zu kennen. Aus dieser Unorientiertheit sei es auch zu erklären, daß man sieben junge Leute und nicht die wirklich verantwortlichen Führer des Nationalsozialismus vor Gericht zitierte. Die Anklage selbst aber bedeute einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte der Bürger, indem sie das Prinzip der Rechtsicherheit durchbreche. Niemand wisse, was noch erlaubt und was bereits strafbar ist. Sie sei das Ergebnis einer Polizeiaktion und nicht eines objektiven Strafrechtes. Das ganze Verfahren richte sich ja eigentlich gegen Angeklagte, die gar nicht vor Gericht stehen und zum Teile im Ausland leben; da aber die Anklagebehörde den Unbestand der Polizei übernehme und alle Angehörigen der reichsdeutschen NSDAP unter Strafverfolgung stellen wolle, so könnten sich daraus ernste außenpolitische Schwierigkeiten ergeben.

Den Kernpunkt der Anklage bilde die Behauptung, das Autonomieprogramm der sudetendeutschen Nationalsozialisten nicht vorgetäuscht, das eigentliche Ziel der Partei wäre das Dritte Reich. Man müsse da aber zwischen dem ideellen Ziel und dem tatsächlichen Aktionsprogramm der Partei unterscheiden. Das ideale Ziel sei das Dritte Reich.

Das aber sei ein Begriff, unter dem sich jeder vorstellen könne, was er wolle, der von der Partei nur aus agitatorischen Gründen geschaffen worden sei. In Deutschland verstehe man unter dem Dritten Reich eben Groß-Deutschland, in den Sudetenländern bedeute das Dritte Reich etwas anderes. Das Dritte Reich wäre so wie der liebe Herrgott. Der Begriff „Drittes Reich“ aber stamme gar nicht von Hitler, sondern von Dostojewski. Jeder stelle es sich so vor, wie es ihm am besten paßt.

Daß jedoch das eigentliche Aktionsprogramm der Nationalsozialisten nicht verfassungswidrig oder staatsfeindlich sei, sucht Dr. Dembiski an Hand von Publikationen Junges und Krebs' nachzuweisen. Man dürfe eben nicht alles, was von Nationalsozialisten geschrieben oder gesprochen wird, als parteioffizielle Erklärungen auffassen und zur Grundlage einer Anklage machen. Wenn man das in Deutschland täte, wären wahrscheinlich schon alle Nationalsozialisten eingesperrt.

Die nationalsozialistische Partei würde sich sehr dafür bedanken, wenn alles, was J. B. der Abg. Jung in Versammlungen sagt, für die Partei verbindlich wäre!

Dr. Dembiski ging in seiner Beweisführung sogar so weit, die sudetendeutsche nationalsozialistische Partei als außerordentlich staatsfeindlich darzustellen, die mit ihrem „aktivistischen und positivistischen Programm“ alles für und nichts gegen den Staat tun wolle.

Der Verteidiger behauptet schließlich, auf Grund genauer Informationen zu wissen, daß die national-

sozialistische Partei jene Partei gewesen sei, die es überhaupt ermöglichte, daß deutsche Parteien in die Regierung eintraten, daß die Nationalsozialisten es gewesen seien, die den Regierungseintritt der deutschen Christlichsozialen und des Bundes der Landwirte möglich machten!

Im zweiten Teil seiner Verteidigungsrede befaßte sich Dr. Dembiski mit dem Wesen der politischen Parteiorganisation. Der Aufbau und die Terminologie der nationalsozialistischen Partei unterschiede sich nicht von der Norm. Schließlich kritisierte der Verteidiger den historischen Sachverhalt und konstatierte, daß weder strafbare Handlungen im Sinne des Paragraphen 2 des Schutzgesetzes noch im Sinne des Paragraphen 13 (Organisation bewaffneter Truppen), 14 (Aufwiegelung), und 17 (geheime Organisation) vorliege. Kulturelle Beziehungen zu Deutschland werde kein Staatsanwalt den Sudetendeutschen verbieten können, und andere Beziehungen hätten zwischen den beiden nationalsozialistischen

Das Fürsorgeministerium erteilt den Bürokraten eine Lehre.

Das Rentenzuerkennungsverfahren für Karl Güntner bereits günstig abgeschlossen.

Wie wir vorige Woche mitteilen konnten, hat das Fürsorgeministerium unsere Notiz über das bedauernswerte Schicksal des Soldaten Karl Güntner aus Wusleben im Bezirke Tachau zur Veranlassung genommen, um die beschleunigte Erledigung des Rentenzuerkennungsverfahrens in die Wege zu leiten. Das geschah noch an dem Tage, an welchem wir die erwähnte Notiz abdruckten. Seit unserer letzten Veröffentlichung in dieser Sache ist heute gerade eine Woche verstrichen und wir können schon wieder mitteilen, daß der Fall Karl Güntner bereits restlos und günstig erledigt wurde. Das Fürsorgeministerium schreibt uns dazu folgendes:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge teilt auf Ihre am 6. September 1932 unter dem Titel „Wieder ein blühendes Menschenleben zu elendem Zickum heruntergebracht“ und auf die am 8. September unter dem Titel „Das Fürsorgeministerium nimmt sich des Falles Karl Güntner an“ veröffentlichte Notiz mit, daß dem Nachkriegsinvaliden Karl Güntner, wohnhaft in Wusleben, Bezirk Tachau, die Invalidenrente im Betrag von 240 K monatlich (75 Prozent) ab 1. Mai 1932 zuerkannt wurde, da er am 26. April 1932 aus dem aktiven Militärdienste entlassen worden ist.“

Die laufende Rente wird dem Benannten ab 1. Oktober 1932 und die Nachzahlung für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 30. September 1932 in den nächsten Tagen überwiesen werden.“

Die in diesem Falle gehandhabte Vorgangsweise des Fürsorgeministeriums ist ein Lehrbeispiel dafür, wie rasch armen, bedürftigen Menschen Hilfe zuteil werden kann, wenn in dem zuständigen Amte soziale Einsicht und Initiative abwalten. Als solches sollte es so manche Bürokratenheule beachten, welche über der Erledigung der ihr zugeteilten Akten vergißt, daß auch Beamtenarbeit fürs Leben da ist und nicht zur Daseinsbestätigung bestimmter Geheile. Die breite Öffentlichkeit aber möge aus dem tatkräftigen Einschreiten des Ministeriums für soziale Fürsorge erkennen, daß sein jetziger Leiter bemüht ist, es in lebendigste Verknüpfung mit dem Schicksal aller der sozialen Fürsorge bedürftigen Menschen zu bringen und dem Grundsatze zum Durchbruch zu verhelfen: Rasche Hilfe ist doppelt wirksam.

Die Verhaftung Stejffals.

Auch von Wien steckbrieflich verfolgt.

Prag, 13. September. Zu der gestern bereits gemeldeten, in Berlin erfolgten Verhaftung des Prager Kohlengrubenbesitzers Stejffal, welcher wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage im Střibny-Prozeß steckbrieflich verfolgt wurde, wird gemeldet:

Auf telegraphischem Wege wurde heute nachmittags die Berliner Polizeidirektion von der tschechoslowakischen Behörde ersucht, daß Stejffal vorläufig in Haft gehalten werde, solange von tschechoslowakischer Seite nicht das formale Gesuch um dessen Auslieferung einge-

Parteien auch nicht geherrscht. Somit sei der objektive Tatbestand der Anklage nicht gegeben und die Angeklagten seien daher freizusprechen.

Als Letzter meldete sich darauf der Angeklagte Ing. Haider zu Wort. Haider beschäftigte sich nur wenig mit der Schuldfrage, sondern war offenbar bemüht, den persönlichen Eindruck, den die Angeklagten im Laufe der Verhandlung erweckt hatten, durch eine phrasenreiche Erklärung günstiger zu gestalten. Recht überheblich stellte er fest, er sehe als „Vertreter der gesamten sudetendeutschen und der akademischen Jugend auf der Anklagebank und sei bereit, die „neue Kreuzwegstation auf dem Leidensweg des deutschen Volkes“ auf sich zu nehmen. Er sei sich seiner Schuld bewußt und überzeugt, vor dem Gesch. der Geschichte, dem Gewissen des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen rein zu sein.

Da der Staatsanwalt auf eine Replik verzichtete, stellte der Vorsitzende fest: „Es meldet sich niemand mehr zu Wort. Daher erkläre ich die Verhandlung für geschlossen. Das Urteil wird Samstag, den 24. September, um 9 Uhr früh verkündet werden.“

langt sei. Sobald dies geschehen ist, wird des Gesuch dem zuständigen Kammergerichte übergeben werden, das über solche Angelegenheiten in erster Instanz entscheidet.

Wie zu der Verhaftung selbst nachträglich noch festgestellt werden konnte, erfolgte diese im Hotel „Magdeburger Hof“, wo Stejffal unter falschem Namen Wohnung genommen hatte. Stejffal wurde beim Anhalter Bahnhof von einer Person erkannt, die ersuchte, daß ihr Name geheimgehalten werde. Sie folgte dann Stejffal bis zu seinem Hotel. Die Verhaftung erfolgte bereits in den Nachmittagsstunden am Sonntag, doch bewahrte die Polizeidirektion darüber Schweigen, solange nicht die zuständigen amtlichen Stellen in Prag und Wien verständigt wurden. Als Grund seines Aufenthaltes in Berlin gab Stejffal an, er habe zum Zwecke der ärztlichen Behandlung ein Privatsanatorium für Nervenkranken in der Berliner Vorstadt Grunewald aufsuchen wollen. Demgegenüber wird in Polizeikreisen angenommen, daß sich Stejffal auf diese Weise ein Unzurechnungsfähigkeitzeugnis verschaffen wollte, womit er nach den deutschen Gesetzesbestimmungen erreicht hätte, daß dem Ansuchen der tschechoslowakischen Behörden um seine Auslieferung nicht stattgegeben werde.

Stejffal wird auch von der Wiener Polizei steckbrieflich verfolgt, da er in Oesterreich verschiedene Delikte, so einen Betrug an seinem ehemaligen Gesellschafter verübte und der Anstiftung zur Brandlegung beschuldigt wird.

Schließende Nazis in Wiener Neustadt.

Wien, 14. September. (Eigenbericht.) Am Mittwoch auf heute kam es zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten auf der Straße zu einer Schießerei, bei der etwa vierzig Schüsse abgegeben wurden. Zwei Hakenkreuzler und zwei Sozialdemokraten wurden verwundet. Die Verletzungen sind jedoch leichterer Natur.

Die Hakenkreuzler hatten für morgen eine Versammlung einberufen und hiebei nach ihrer Gewohnheit auch die Sozialdemokraten zur Beteiligung eingeladen. Die Sozialdemokraten erteilten ihnen die Antwort in Form eines Plakates, das die Demagogie der Hitlerjünger aufzeigte. Daraufhin schickten die Nationalsozialisten in der Nacht ganze Kolonnen aus, um diese Plakate herunterzureißen. Dabei kam es zwischen einem solchen bewaffneten Trupp und einigen Arbeitern zunächst zu einem Wortwechsel. Schließlich zogen die Nationalsozialisten wie auf Kommando ihre Revolver und schossen. Daraufhin verteidigten sich auch einige Arbeiter mit der Schutzwaffe.

Heute vormittag wurden bei einer Hausdurchsuchung bei beteiligten Nationalsozialisten vier Revolver beschlagnahmt, aus denen geschossen wurde. Trotzdem wurden die Besitzer der Waffen wieder freigelassen. Drei Sozialdemokraten, die man gleichfalls verhörte, sind dagegen bis jetzt in Haft, obwohl die Hausdurchsuchung bei ihnen keine Waffen zu Tage förderte.

3000 Metallarbeiter demonstrieren

Eine machtvolle Kundgebung der Bodenbacher Metallarbeiter gegen Lohnabbau und Betrieb des Faschismus. - Für die 40-Stunden-Woche, für die Wirtschaft.

Bodenbach, 14. September. (Eigenbericht.) Die Verwaltungsstelle Bodenbach des Internationalen Metallarbeiterverbandes hatte für heute nachmittags um 4 Uhr ihre in den Betrieben stehenden Mitglieder zu einer Kundgebung als Antwort auf den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau ausgerufen. In vorbildlicher Disziplin waren die Metallarbeiter der Parole ihres Verbandes gefolgt und punkt 4 Uhr erfolgte der geschlossene, eindrucksvolle Aufmarsch der rund 3000 Metallarbeiter der Bodenbacher Metallbetriebe. Zahlreiche Transparente und rote Fahnen mitführend, bewegte sich der Zug durch mehrere Straßen Bodenbachs zum Schulplatz, der in kurzer Zeit zur Gänze ausgefüllt war.

Mit einem kurzen Sprechchor setzte dortselbst die Kundgebung ein, worauf Genosse Ziwisch als Vorsitzender der Verwaltungsstelle Bodenbachs, des Internationalen Metallarbeiterverbandes, die Kundgebung mit einem Hinweis auf die unerhörten Forderungen der Industriellen eröffnete.

Stürmisch begrüßt, ergriff sodann der Verbandsobmann,

Abgeordneter Genosse Kaufmann, das Wort. Mit einem Hinweis auf die Versuche von links und rechts, die Einigkeit der Metallarbeiter zu untergraben, begann er seine Ausführungen und sagte unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß für alle Störer der Grundsatz gelte: „Hände weg!“

Im weiteren führte er dann aus, daß die Aktionen des Metallarbeiterverbandes, seines Vorstandes und seiner Vertrauensleute getragen sind von dem unbedingten Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Organisation und unterstützt werden durch die musterhafte Disziplin. Diese beiden Dinge, Vertrauen und Disziplin, geben uns das Recht, im Namen der gesamten Metallarbeiter zu sprechen und in aller Öffentlichkeit zu sagen, was wir wollen.

1928 haben wir bereits auf unserem Verbandstage darauf hingewiesen, was die Nationalisierung bedeutet, und hervorgehoben, daß durch sie eine ungeheure Verschärfung der Krise eintreten muß, die für Hunderttausende arbeitender Menschen die Katastrophe bedeutet. Deswegen haben wir schon damals die Forderung nach dem Sechsstunden-Tag, beziehungsweise nach der 40-Stunden-Woche erhoben. Wir haben aber auch aufgezeigt, daß der Krise nur durch eine Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen beizukommen ist. Was wir damals befürchteten, ist rascher und mit elementarer Gewalt über die Arbeiter herabgebrochen.

Die Tätigkeit des Verbandes mußte sich darauf beschränken, seine Mitglieder, die arbeitslos geworden waren, vor der ärgsten Not zu schützen. 1931 waren es nicht weniger als 17 Millionen und 1932 werden es wahrscheinlich 20 Millionen Kronen sein, die der Verband seinen Mitgliedern an Arbeitslosenunterstützung auszahlt.

Und gerade in diesem Augenblick kommen die Unternehmer mit der Forderung nach Lohnabbau! Für uns ist es keine Frage, daß jeder derartige Versuch als ein frevelhaftes Beginnen, als eine freche Herausforderung betrachtet und zurückgewiesen werden muß!

Gerade in Bodenbach, am Orte unserer treuesten und agigsten Mitglieder, muß die Forderung nach der 40-Stunden-Woche ausgerufen werden und diese Aktion muß sich über unser ganzes Organisationsgebiet verbreiten. Im Zusammenhange damit muß auch ein jeder Versuch, die Löhne zu kürzen, zurückgewiesen werden.

Verschiedene Anzeichen in der Weltwirtschaft lassen darauf schließen, daß wir am Beginn einer Wirtschaftswende stehen. Man spricht von einer „Ankurbelung der Wirtschaft“.

Wenn sich die Herren Unternehmer diese „Ankurbelung“ so vorstellen, daß sie auf dem Rücken und auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter ausgetragen wird, so werden sie eine Enttäuschung erleben. Durch die Verhältnisse gezwungen, waren wir lange genug in der Defensive. Wir müssen uns nach oben, was sich leicht abspielt, klar darüber sein, daß die Stunde der Offensive für uns geschlagen hat!

Die Unternehmer, die nun sehen, daß sie selber die Wirtschaft zugrunde gerichtet haben,

und deren wirtschaftlicher Machtapparat nicht mehr ausreicht, die Arbeiter niederzuhalten, wollen nun versuchen, mit Hilfe der politischen und der Machtmittel des Staates ihre Herrschaft zu verlängern.

Ihre Hoffnung ist der Faschismus. Wie Hitler in Deutschland der Landbesitzer der Unternehmer im Kampfe gegen die Klassenbewegte Arbeiterchaft ist, so liebäugeln auch unsere Unternehmer mit dem politischen Faschismus und unsere Dankverleger sind so wie jene im Deutschen Reich die vollen Sympathien der Industriellen. Die Arbeiterchaft wird, wenn sie einig ist, auch mit dem Faschismus fertig werden!

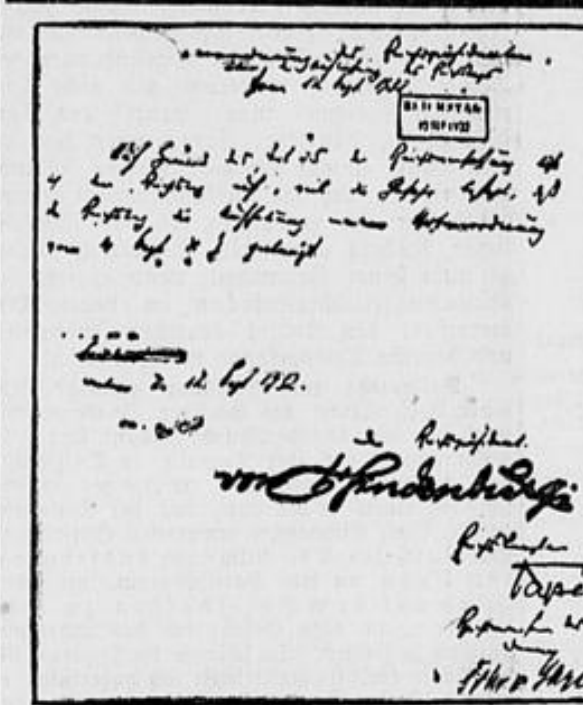
Genosse Kaufmann verweist dann auf die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien dieses Staates, allen voran die Agrarier, nach Beseitigung der Ar-

beitslosenunterstützung, Verschlechterung der Sozialversicherung, Beseitigung des Tarif- und Vertragsrechtes usw. und fährt dann fort:

Die Arbeiter, an ihrer Spitze die Metallarbeiter, lassen sich ihre Rechte nicht rauben! Sie lassen sich die Löhne nicht verkürzen, die Arbeitszeit nicht verlängern! Wir fordern eine Planwirtschaft, wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit, damit Arbeitsplätze geschaffen werden, wir fordern Erhöhung des Einkommens, damit die Menschen wieder leben können. Dazu brauchen wir das felsenfeste Vertrauen aller Arbeiter zueinander. Wir wollen sein wie eine Familie von Brüdern und Schwestern, eine feste unzerbrechbare Kette, ein Wall, an dem alle Angriffe der Gegner zerfallen!

Mit einem nochmaligen Appell an die Einigkeit aller Arbeiter schloß Genosse Kaufmann seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach einem kurzen Schlußworte des Genossen Ziwisch fand dann die mächtige und eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.



Dokument vom 12. September.

Durch dieses Schriftstück wurde der Reichstag aufgelöst.

Das Auflösungsdekret, das die Unterschriften des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers von Papen und des Reichsinnenministers Freiherrn von Gahl trägt. Man kann aus dem Dokument sehen, daß es schon in Reudel geschrieben wurde, denn bei dem Datum ist das Wort Reudel ausgestrichen und an seine Stelle ist das „Berlin, 12. September 1932“ gesetzt worden. Man schließt aus diesem Umstand, daß Reichskanzler von Papen entschlossen war, den Reichstag unter allen Umständen aufzulösen.

Gandhi droht mit dem Hungertod.

Weil die niedersten Hindukasten nur ein gemindertes Wahlrecht erhalten sollen.

London, 13. September. (AP.) Die britische Regierung ließ heute die Korrespondenz zwischen der britischen Regierung und dem indischen Nationalhelden Mahatma Gandhi veröffentlichen. In seinem letzten Schreiben hatte Mahatma Gandhi mitgeteilt, daß er als Protest gegen die Regelung der kommunalen Verhältnisse in Indien durch die Regierung beschloß, Hunger zu sterben.

In der Korrespondenz wird dargelegt, was Mahatma Gandhi zu diesem Entschluß veranlaßte. Es war dies die Entscheidung der britischen Regierung, für die niedrigsten indischen Kasten besondere Wahlvorschriften und ein Sonderwahlrecht einzuführen.

Diese niedrigsten Kasten werden bekanntlich von den höheren Kasten so verachtet, daß auch die bloße Berührung mit ihnen einen Angehörigen der höheren Kaste unrein macht, der aus ihren Händen weder Nahrung noch Wasser nehmen darf.

An dem diesbezüglichen Berichte der Simon-Kommission heißt es: Die Lage dieser erniedrigten Kasten ist wirklich bedauerndwert. Sie leben dauernd an der Grenze zwischen Leben und Hungertod und haben durchaus keine Hoffnung, daß sich ihr Schicksal bessern könnte.

Gandhi ist der Auffassung, daß die gesonderte Wahlausübung sowohl für diese niedrigsten Kasten selbst wie für den ganzen Hindugedanken katastrophal wäre. Deshalb hatte Gandhi bereits vor einigen Monaten die britische Regierung dahin informiert, daß er entschlossen sei, Hungers zu sterben, wenn sie es bei den gesonderten Wahlen bewenden lassen wolle.

Als die Regierung im August trotzdem das Wahldekret bekanntgab, richtete Gandhi an den britischen Premierminister ein Schreiben, in dem er erklärte:

„Es bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihrem Beschluß mein Leben gegenüberzustellen und diese einzige Möglichkeit, dies zu tun, ist,

daß ich absolute Enthaltensamkeit bis zum Hungertode erkläre; ich werde keine Nahrungsmittel zu mir nehmen, mit Ausnahme von Salz und Sodawasser. Das beabsichtigte Fasten werde ich in der Mittagsstunde des 20. September beginnen, wenn es nicht zur Revision des genannten Planes der Regierung kommt. Ich bedaure, daß ich zu dieser Entscheidung kommen mußte. Als Mensch, der von religiöser Ueberzeugung durchdrungen ist, kenne ich aber keinen anderen Weg.“

Auch eine ausführliche Kabel-Antwort Macdonalds, in dem dieser nachzuweisen versuchte, daß die niedersten Kasten keineswegs ihres Wahlrechtes bei den allgemeinen Wahlen der Hindus beraubt werden sollen, konnte Gandhi von seinem Entschluß nicht abbringen.

Inzwischen wird offiziell verlautbart, daß die indische Regierung keinen Beschluß gefaßt hat — wie einige Berichte verbreiten —, daß sie Gandhi aus dem Gefängnis entlassen werde, so-

Weißer Zähne: Chlorodont

balb er am 20. September mit dem zum Tode führenden Fasten beginnen wird. Trotzdem werden sorgfältig Maßnahmen ergriffen, welche getroffen werden müssen, wenn Gandhi seine Drohung verwirklicht.

Der ehemalige Präsident des indischen Nationalkongresses V. J. Patel, der zur Zeit in London weilt, sandte an Gandhi ein Telegramm, in welchem er ihn bittet, seinen Beschluß, Hungers zu sterben, nochmals zu erwägen. „Ich bin mir dessen sicher“, sagt Patel in der Depesche weiter, „daß die öffentliche Meinung gegen Ihren Entschluß ist, und ich möchte an Sie appellieren, diese Meinung zu beachten. Die Mission Ihres Lebens ist noch nicht beendet.“

Karikas kommt vor das ordentliche Gericht.

Budapest, 14. September. (Eigenbericht.) Zu der Strafsache des Kommunisten Karikas, der seinerzeit gleichzeitig mit den inzwischen hingerichteten Kommunisten Szalai-Höllender und Fürst verhaftet worden war, wurde die Verhandlung nicht, wie erwartet, vor dem Ausnahmegericht, sondern vor dem ordentlichen Gericht, und zwar für den 24. Oktober, anberaumt. Karikas wird nur wegen geheimer Rückkehr aus Rußland und wegen seiner kommunistischen Propaganda zu verantworten haben.

Offenbar ist das Beweismaterial für den „Mord“ aus der Käfigzeit, desentwegen man ihn ursprünglich vor das Standgericht stellen wollte,



zeigt der geplagte Mann, wenn sein nervöser Magen nicht durch schwerverdauliche Fette verstimmmt wird. Deshalb nimm immer



Die verfassungsrechtliche Seite der Reichstagsauflösung.

Die Vorgänge im Reichstag haben, wie der Sozialdemokratische Pressedienst ausführte, einige verfassungsrechtliche Fragen aufgerollt, die für die weitere staatspolitische Lage Deutschlands von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, aber nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Auflösung des Reichstags im Juni dieses Jahres erfolgte, weil die Zusammensetzung des Reichstags angeblich nicht mehr dem Volkswillen entsprach. In der neuesten Auflösungsverfügung ist als Anlaß die Gefahr einer lebenswichtigen Verordnung des Reichspräsidenten bezeichnet. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß in beiden Fällen nicht der angegebene Grund maßgebend war, sondern daß den eigentlichen Anlaß der Wille des Reichspräsidenten bildete, die Regierung von Papen gegen eine Mißtrauenskundgebung des Reichstags zu schützen. Jedenfalls verstoßt es aber gegen den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung, wenn der Reichspräsident die Ausübung verfassungsmäßiger Rechte des Reichstags (insbesondere das Verlangen des Reichstags, eine Verordnung nach Art. 48 AB. außer Kraft zu setzen oder der Regierung das Vertrauen zu entziehen) durch Auflösung verhindert. Das würde in der Konsequenz schließlich dazu führen, daß der Reichstag durch die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten gänzlich ausgeschaltet und ersetzt werden könnte.

Von dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten ist am Montag im Reichstag die Auffassung vertreten worden, daß die Auflösung deshalb unwirksam sei, weil er die Auflösungsverfügung dem Reichstag erst nach dem Beschluß des Reichstags, der Regierung von Papen das Vertrauen zu entziehen, bekannt gegeben habe und ein gestürzter Reichskanzler die Auflösung des Reichstags nicht mehr gegenzeichnen könne. Die Rechtswirkung der Auflösung tritt ein, wenn sie dem Reichstag zugegangen ist. Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auflösungsverfügung ist, in der Praxis wenigstens, mehrmals als rechtsgültige Auflösung hingenommen worden. Für die rechtliche Wirksamkeit der Auflösung ist es nicht erforderlich, daß der „Empfänger“ von der Verfügung Kenntnis nimmt. Er könnte sonst durch Verzögerung der Kenntnisnahme, z. B. Verweigerung der Annahme eines eingeschriebenen Briefes, den Eintritt der Rechtswirksamkeit beliebig hinausschieben.

Gleichviel, wie man sich zu der Rechtmäßigkeit der Auflösung stellt, der Reichstag hat nach der Verfassung nicht das Recht, zur Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten zwischen ihm und der Reichsregierung oder dem Reichspräsidenten etwa den Staatsgerichtshof anzurufen. Der Kampf zwischen Reichstag und Reichsregierung ist deshalb ein reiner Machtkampf geworden, der durch die Neuwahlen ausgetragen wird. Erst der neugewählte Reichstag hat, wenn er die Auflösung des alten für verfassungswidrig hält, nach Absatz 59 der AB. die Möglichkeit, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister wegen schuldhafter Verfassungsverletzung vor dem Staatsgerichtshof anzulagen. Ein solcher Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Ob die neuen Güter der Verfassung, die Nationalsozialisten, einen solchen Antrag unterstützen werden, läßt sich bei der Jugend ihrer Verfassungstreue nicht voraussetzen.

Freitag Parlamentspräsidium.

Prog, 14. September. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses wurde für heute Freitag, den 16. September, halb 11 Uhr vormittags zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien einberufen. Aller Voraussicht nach wird sich das Präsidium mit der Frage der Einberufung des Parlaments zu befassen haben, die damit in greifbare Nähe gerückt ist. Morgen wird sich, wie gemeldet, ein Ministerrat mit den Anträgen des Finanzministers auf Kürzungen im Budget zu befassen haben. Einzelne Blätter sprechen von einem 800-Mil.-Einzeln Defizit, das gedeckt werden müsse; davon sollen 640 Millionen im Personalbudget herbeigeholt werden. Vorläufig sind das lediglich Anträge des Finanzministers. Nach dem Ministeramt wird die Regierung dann erst die Verhandlungen mit den einzelnen politischen Parteien aufnehmen müssen.

Karikas kommt vor das ordentliche Gericht.

Budapest, 14. September. (Eigenbericht.) Zu der Strafsache des Kommunisten Karikas, der seinerzeit gleichzeitig mit den inzwischen hingerichteten Kommunisten Szalai-Höllender und Fürst verhaftet worden war, wurde die Verhandlung nicht, wie erwartet, vor dem Ausnahmegericht, sondern vor dem ordentlichen Gericht, und zwar für den 24. Oktober, anberaumt. Karikas wird nur wegen geheimer Rückkehr aus Rußland und wegen seiner kommunistischen Propaganda zu verantworten haben.

Offenbar ist das Beweismaterial für den „Mord“ aus der Käfigzeit, desentwegen man ihn ursprünglich vor das Standgericht stellen wollte,

Sozialdemokraten für Auflösung des Nessenlandtages.

Darmstadt, 14. September. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag den Antrag eingebracht, für den Fall einer Reichstagsneuwahl den 6. heffischen Landtag gemäß Art. 24 der heffischen Verfassung aufzulösen. Die Neuwahlen zum heffischen Landtag sollen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden. Ferner wird beantragt, den Landtag alsbald einzuberufen, um eine Entscheidung über diesen Antrag herbeizuführen.

Tagesneuigkeiten

Gorgulow gestern hingerichtet.

Seine letzten Worte galten Frau und Kind und seiner russischen Heimat.

Paris, 14. September. Auf dem Boulevard Arago vor dem Santo-Gefängnis ist heute früh kurz nach Sonnenaufgang die Hinrichtung Gorgulows, des Mörders des Präsidenten der Republik Paul Doumer, erfolgt.

Die Nachricht von der bevorstehenden Hinrichtung hatte zahlreiche Neugierige angelockt, aber eine große Absperrungslinie, die 400 Meter von der Stelle, wo die Guillotine aufgebaut war, begann, ließ nur die mit besonderen Zeichen versehenen Personen, die der Hinrichtung amtlich beimohnen mußten, näher herankommen. Die Aufstellung der Guillotine erfolgte während der Nacht. Der Hinrichtete wohnte auch ein Pöpel der griechisch-orthodoxen Kirche bei, der Gorgulow in den letzten Minuten seines Lebens religiösen Beistand leistete.

Um 5 Uhr weckte der Gefängniswärter den Delinquenten und der Staatsanwalt gab ihm in Anwesenheit seiner Verteidiger bekannt, daß der Präsident der Republik die Begnadigung abgelehnt habe. Gorgulow trank ein Glas Rum, lehnte jedoch eine Zigarette ab. Er nahm die Tröstungen der Religion vom Pöpel entgegen, hörte eine kurze Messe an und beichtete. Er erklärte: „Ich bin weder Anarchist, noch Kommunist; ich sterbe für meine Idee, die Befreiung der russischen Bauern vom Joch der Bolschewiken.“ Er habe weder etwas gegen Frankreich noch persönlich gegen den Präsidenten Doumer gehabt.

Um 5 Uhr 50 öffnete sich das Gefängnistor und der Mörder wurde nach altem Brauch in einem von Pferden gezogenen Wagen bis zum Hinrichtungsort geschafft. Im Wagen begleiteten ihn außer dem Pöpel seine Verteidiger. Gorgulow sprach von seiner Frau und dem zu erwartenden Kinde. Er legte dem Advokaten aus Herz, seiner Frau den Wunsch zu übermitteln, daß das Kind eine gute Erziehung in den Ideen erhalte, die er vertreten habe. Seine letzten Worte waren: „Rußland! Rußland! Mein Vaterland!“

Mit gebundenen Händen und geöffnetem Mund trat der Mörder an die Guillotine, der Pöpel sprach zu ihm noch die letzten religiösen Trostmorte, die Trommler der republikanischen Garde begannen einen starken Trommelwirbel, und die Guillotine vollbrachte ihr Werk. Vom Augensicht des Verlassens des Wagens bis zur Hinrichtung Gorgulows vergingen kaum zehn Sekunden.

Nach der ärztlichen Feststellung des eingetretenen Todes erklärte ein Gerichtsbeamter: „Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan!“ Der gleiche Wagen, mit welchem Gorgulow zur Guillotine gebracht wurde, führte seinen Leichnam in das Gefängnis zurück, von wo er nach der Sezierung auf den Friedhof gebracht werden wird.

Die Leiche Gorgulows wurde nicht gerichtlich obduziert. Auf Wunsch seiner letzten Gattin wurde er ihr gleich nach der Hinrichtung ausgeliefert und eine halbe Stunde später auf dem Friedhofe der Pariser Vorstadt Montmartre beigesetzt.

Bis auf die sozialistische Presse, die grundsätzlich die Todesstrafe ablehnt, insbesondere aber bei Gorgulow, den sie als geistig unzurechnungsfähig bezeichnet, billigen alle übrigen Blätter die Hinrichtung oder nehmen sie wenigstens ohne Kritik hin. Der Verteidiger Gorgulows teilte mit, daß Gorgulow vor seinem Tode seine Tat bekennt und alle um Vergebung gebeten habe.

Die staatliche Ernährungsaktion.

Als Nachtragszuweisung zur Ernährungsaktion hat das Ministerium für soziale Fürsorge dem Bezirk Schludenz den Betrag von 10.000 K bewilligt.

Die verdammenswerte Autoraserei.

In zwei Wochen drei Autounfälle in Eisenstein, eines davon mit tödlichem Ausgang.

Unser Eisensteiner Berichterstatter teilt mit, daß die Sicherheitsverhältnisse auf den dortigen Straßen in der letzten Zeit immer ärger werden. Die die Sommerfrische passierenden Autofahrer scheinen die Straßen mit einer Rennbahn zu verwechseln und scheeren sich einen Schmarren um die

Zug mit 500 Fremdenlegionären stürzt in eine Schlucht

50 Tote, 80 Verletzte.

Paris, 14. September. Habas meldet aus Cran: Ein Zug, der 510 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Fremdenlegion von Bel-Abbes nach Ufshda beförderte, ist heute nachmittags in der Gegend von Lamoine in eine Schlucht gestürzt.

Nach den ersten Meldungen sind 50 Tote und 80 Verletzte zu verzeichnen. Die Katastrophe soll auf einen durch starke Regengüsse verursachten Bahndammbruch zurückzuführen.

Vorschrift, daß die Fahrgewindigkeit im Ortsbereich auf 15 Stundenkilometer zu ermäßigen ist. Im Ablauf von zwei Wochen ist es zu drei Autounfällen gekommen, wobei es im ersten Falle mit Hautabstürzungen ausging, während der zweite einen doppelten Beinbruch zur Folge hatte. Das dritte gar endete tödlich. Es traf einen armen Mann namens Weigl aus Saida am Ahornberg, der sich mit Frau und Tochter von der Eisensteiner Kirchweih nach Hause begeben wollte. Auf der Strohkreuzung zwischen der Gerlhütte und dem Schuhhaus wurde er, trotzdem er an der Seite einherging, von einem aus Eisenstein kommenden Auto erfasst und zu Boden geschleudert. Dem Unglücklichen wurden beide Beine derart gebrochen, daß die Knochen splitter herausragten. Ferner erlitt er schwere Verletzungen an Kopf, so daß er auf der Stelle verschied. Das rasende Tempo des Autos kann man aus dem Umstand erkennen, daß durch den Anprall der ganze Kühler arg verbogen wurde.

Hände hoch!

Schredenszene in einem Wirtschaftshaus in Rasmart.

Rasmart, 14. September. Gestern abends um halb 10 Uhr lehrten in das Wirtschaftshaus „Zur Krone“ zwei Männer ein und verlangten Nachtmahl und Getränke. Gegen 12 Uhr verlangten sie zu zahlen. Der Wirt legte ihnen die Rechnung auf 36 K vor, worauf sie erklärten, sie hätten kein Geld. Während der Wirt noch überlegte, was er mit den Männern beginnen sollte, erscholl aus einmal der Ruf „Hände hoch!“ Der Wirt folgte der Aufforderung, legte sich aber gleichzeitig auf den Boden, gerade noch rechtzeitig, um einer Revolverkugel zu entgehen, die über seinen Kopf an die Wand flog. Auf den Schuß hin sprang der am Reventisch sitzende Geschäftsführer Rudolf Scholz auf und verfehlte dem Banditen einen Schlag auf die Hand, die den Revolver hielt. Gleichzeitig schoß aber der Bandit und traf Scholz in den Bauch. Scholz rief um die Gendarmerie. Ehe diese aber erschien, hatten sich die beiden Männer entfernt. Scholz starb im Krankenhaus.

Heute nacht wurden die beiden, von denen sich herausstellte, daß sie zwei aus dem Gefängnis in Levoča entlassene Sträflinge sind, bei Lipotivsky Hradok im Eisenbahnzuge von Gendarmen angetroffen. Als sie verhaftet werden sollten, sprang einer aus dem Fenster des fahrenden Zuges. Der andere wurde dem Bezirksgerichtsgefängnis in Rasmart eingeliefert.

64 festgestellte Todesopfer der „Observation“.

New York, 14. September. An der Mündung des East River wurde eine weitere Anzahl von Leichen angetrieben, die als Verunglückte des untergegangenen Fahrbootes „Observation“ identifiziert werden konnten. Die Zahl der festgestellten Todesopfer der Katastrophe hat sich damit auf 64 erhöht. Ob sämtliche Leichen damit bereits geborgen sind, ist noch nicht bekannt.

Baza zu friedhöflichem Rückzug gezwungen.

Der Primator von Prag hat sein Verbot deutscher Urnen-Inschriften und deutscher Totengesänge im neuen Krematorium zurückziehen müssen: eine von Baza eingesetzte Juristen-Kommission im Prager Rathaus kam bei der Prüfung der Skandalösen Frage zu dem Beschluß, daß für das Verbot der deutschen Sprache draußen bei den Toten keine rechtliche Grundlage bestehe, weshalb von nun an jeder Wunsch der Angehörigen von Verstorbenen erfüllt werden soll. Allerdings hat nach den Zeitungsberichten bei diesem Brang zum Rückzug nicht so sehr die Scham vor der eigenen Schande

den Ausschlag gegeben, sondern genug charakteristische Erwägungen, daß man den Angehörigen in Prag verstorbener Ausländer doch nicht gut tschechische Inschriften diktieren könne (wobei man wieder besonders an die Franzosen dachte) und daß man, wenn man nicht auch den Katholiken lateinische und den Juden hebräische Inschriften verweigern wolle, nicht gut allein und ausgerechnet bei den Deutschen eine so unverständliche (und doch so verständliche!) Ausnahme machen dürfe. Zum Grunde ist es aber jetzt unwesentlich, wie weit man die gewundenen Begründungen der Verbot-Aufhebung wiederum als nicht sehr rühmlich bezeichnen mag; Haupt- und Tatsache bleibt, daß Herr Baza, gegen den sich nun wieder einmal alle vernünftigen Inländer und ein paar kräftige Auslandsstimmen gewendet hatten, sich gezwungen sah, den friedhöflichen Rückzug anzutreten. Hoffentlich schadet es nicht seiner Gesundheit, wenn er jetzt bei offiziellen Friedhofsbesuchen im neuen Krematorium den Anblick deutscher Inschriften und deutsche Totengesänge ertragen muß!

Balkonloge zum Totschlag gefällig? Aus einer Verhandlung des Görlitzer Sondergerichts wird eine bezeichnende Episode bekannt. Ein Polizeikommissar, der über Tumulte in Weichwasser am 19. Juli aussagen sollte, erklärte vor Gericht: „Es lag etwas in der Luft, das der Entladung harter. Viele Einwohner erwarteten Sensationen und bezeichnend ist die Bitte einer gut situierten Frau an eine Hotelbesitzerin, ihr einen Platz auf dem Hotelbalkon zu vermieten, um ohne Gefahr sich das Schauspiel ansehen zu können.“ Da schlugen die Proleten sich die Köpfe ein, sie zerfleischten sich haherfüllt, es wird geschossen, Todesopfer fallen — aber das gut situierte Publikum sitzt in der Balkonloge und sieht sensationslüstern und amüsiert zu, wie sich unten das Volk schlägt. Man zahlt sogar Eintrittsgeld, um beim Totschlag zusehen zu können! Wann werden den Proleten die Augen aufgehen?

Der Minister für Volksernährung Gen. Rudolf Dschöndes ist erkrankt; er empfängt deshalb bis auf weiteres nicht. Auch die persönliche Korrespondenz wird nicht erledigt werden.

Massenaustritt aus der Kirche in Steinschönau. In Steinschönau haben, wie der „Vorwärts“ meldet, innerhalb der letzten Woche nicht weniger als 170 Personen ihren Austritt aus der Kirche vollzogen. Diese Massenaustrittsbewegung sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kirche von den werktätigen Massen neuerliche Tribute verlange, und zwar sollen die Kosten für die Reparatur der Kirche in der Höhe von 32.000 K von den werktätigen Massen aufgebracht werden, obwohl sich gerade in Steinschönau die Arbeiterschaft in einer furchtbaren Notlage befindet.

Rachklang zum Calmette-Prozess. Der im Lübecker Calmette-Prozess verurteilte Professor Deyde hält sich seit einiger Zeit in Stuttgart auf. Von privater Seite ist ihm ein chemisches Laboratorium zur Verfügung gestellt worden, in dem er bakteriologische Versuche durchführt. Seine Arbeiten sollen soweit fortgeschritten sein, daß sie demnächst zum Abschluß kommen. Professor Deyde hofft, dann mit einem Wiederaufnahmeantrag durchbringen zu können.

Ein respektloser Dieb. Als der Bezirkshauptmann von V. Leipa am Montag in sein Büro kam, mußte er eine unliebsame Ueber-raschung erleben. Bei der Öffnung seines Schreibtisches machte er die Entdeckung, daß ein Betrag von 3850 Kronen fehlt. Oberrath Herrscher hatte am Abend das Geld in den Schreibtisch eingeschlossen und den Schlüssel an einer verborgenen Stelle versteckt. Morgens war nun das Geld fort, der Schlüssel aber wieder an seinem Platz und das Schloß der Tür wie

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 13.40: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Klein: 700 Jahre Prager Altstadt. 20.10: „Wassergeld“, Schauspiel. 21.30: Borodin: Streichquartett. — Brünn: 14.30: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Dogenauer: Aus der Historie des Nibelungenliedes. — Währ.-Ostau: 12.30: Orchesterkonzert. 19.20: Populäres Orchesterkonzert. — Berlin: 21: „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel von Kleist. — Breslau: 20: Aus Amerika. — Hamburg: 21: Wagner-Konzert. — Königsberg: 21.15: Opern-Duerschnitt. — Leipzig: 19.30: Orchesterkonzert. — Mühlacker: 19.30: Lieder. — München: 21.35: Ungarische Rhapsodie. — Wien: 13.10: Aus Tonfilmen. 19.25: „La Traviata“, Oper von Verdi.

des Schreibtisches völlig umverkehrt. Es muß da schon ein ortsfundiger Langfinger an der Arbeit gewesen sein. Viel Respekt scheint der Dieb vor der hohen Obrigkeit gerade nicht gehabt zu haben.

Mord und Selbstmord. In Schachenwald bei Seiersdorf (Steiermark) feuerte der 25jährige Malergehülfe Georg Wollmayer einen Schuß gegen die Eisenbahnbeamten-Gattin Stephanie Maierhuber ab und löstete sich hierauf selbst. Sein Opfer ringt mit dem Tode. Der junge Mann hatte mit der Maierhuber ein Liebesverhältnis unterhalten, welches diese jedoch in letzter Zeit lösen wollte. — Der 36jährige Polizeioberwachmeister Otto Lieg wurde gestern gegen Mittag in Berlin-Wilmersdorf von einem Fahrrad-dieb, den er verfolgt hatte, und festgenommen wollte, niedergeschossen und getötet. Der Täter, dessen Personalien noch nicht feststehen, erschöpfte sich dann selbst.

Die aus Seenot gerettete Fliegerfamilie Hutchinson ist an Bord des britischen Fischdampfers „Lord Talbot“ Dienstag nachmittags wohlbehalten in Angmagssalik (Ostgrönland) eingetroffen.

Bei Umbauarbeiten am alten Amtsgerichtsgebäude in Königsberg stürzte beim Hinausziehen eines eisernen Trägers das Baugerüst zusammen. Vier Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen, drei von ihnen wurden schwer, einer leicht verletzt.

Selbstmord. In Chodau hat sich der 33jährige Freier Lersch erhängt. Was den in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen befindlichen jungen Menschen veranlaßt hat, sich des Lebens zu entäußern, ist unbekannt.

Schwerer Motorradunfall. Auf der Fahrt zwischen Merzelsgrün und Salmthal kam ein Motorrad, auf dessen Sozius sich ein gewisser Stöhr aus Merzelsgrün befand, ins Schleudern; Stöhr wurde mit großer Wucht an eine Mauer geschleudert, so daß er schwere Schädelverletzungen erlitt. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Der Fahrer des Motorrades trug leichte Verletzungen davon.

Schadenfeuer in Tsching. Wie uns aus Pödersam berichtet wird, brach in der Scheune des Landwirtes Sentner in Tsching ein Brand aus, der auch auf die benachbarte Scheune des Sattlers Theims übergriff und die Objekte völlig einäscherte. Dem Feuer fielen große Ernte- und Futtermittel zum Opfer. Da Brandstiftungsverdacht vorliegt, wurden in dieser Richtung die entsprechenden Erhebungen ausgenommen.

Explosion einer Acetylenflasche. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache explodierte gestern vormittags in der Materialwerkstatt der Continental-Gummifabrik in Hannover eine Acetylenflasche. Ein unmittelbar in der Nähe stehender Schweißapparat flog ebenfalls in die Luft. Durch den starken Luftdruck wurde das Dach der Werkstatt abgehoben und die gesamte Einrichtung stark beschädigt. Einige Personen sind leicht verletzt worden. Die Höhe des Schadens ist noch nicht zu übersehen.

Torpedoboot rennt gegen einen Brückenpfeiler. Aus Odense wird gemeldet: Ein starkes Torpedoboot, das zur deutschen Flottenabteilung gehörte, die dieser Tage Slagen besuchte, rannte Dienstag nachts mit voller Kraft auf einen der Strompfeiler der Brücke über den Kleinen Belt. Ein Geschützturm des Torpedobootes wurde abgerissen, und das Boot erlitt auch sonstige Beschädigungen. Es mußte von zwei anderen Torpedobooten gesteuert werden.

Wegen vier Weinflaschen... An der österreichisch-italienischen Grenze bei Ober-Tilliach hat sich ein folgenschweres Schmugglerabenteuer ereignet. Der Hirte Georg Goller hatte an der Bundesgrenze auf dem Tilliacher Joch mit einem italienischen Hirten vereinbart, Tabak gegen Wein einzutauschen. Beide einigten sich auf ein gemeinsames Versteck. Dieser Tage nun hielt der Hirte mit zwei Kameraden Nachschau und fand vier Flaschen Wein, die er sogleich mitnahm. Als er den Wein in Sicherheit gebracht hatte, nahm er eine Anzahl Pakete Tabak, um ihn zu hinterlegen. In der Nähe des Versteckes wurde er plötzlich von zwei Faschisten angehalten. Goller flüchtete, wurde jedoch von einem der Faschisten verfolgt, während der andere sofort sechs Schüsse auf den flüchtenden abgab, der trotz der erlittenen schweren Verletzungen noch die österreichische Grenze erreichen konnte. Von den beiden Begleitern Gollers rettete sich der eine gleichfalls auf österreichisches Gebiet, während der andere mit dem Tabak im Rucksack von den Faschisten festgenommen und eingeliefert wurde.

Trinkt Obst!

Als noch dem Kriege unter dem Schlagwort „Eßt Obst!“ eine großzügige Propaganda für den reichlichen Genuß von Fruchtsäften einsetzte und U.S.A., Kanada, ja sogar Australien, unsere Märkte mit erfrischendem Tafelobst überfluteten, begann man nach Verwendungsmöglichkeiten für das heimische, vielfach minderwertige und deshalb nicht konkurrenzfähige Obst zu suchen. Besonders in der Schweiz und in Süddeutschland ging man zur Erzeugung des Säfteobstes aus Äpfeln, Birnen und Trauben über, der gegenüber dem gegorenen Most große Vorteile aufweist. Unser Obst enthält 15 bis 20 Prozent Fruchtzucker, eines der wertvollsten Nahrungsmittel, der bei der Gärung in Alkohol und Kohlensäure verwandelt wird. Die unergorenen Säfteobste, die nach einfachem Verfahren auch im Haushalt hergestellt werden können, sind daher nicht nur ein erfrischendes Getränk, sondern in Wahrheit „flüssiges Obst“, denn sie enthalten alle wertvollen Vitamine und den Fruchtzucker in äußerst

leicht verdaulicher Form. Alle sogenannten alkoholfreien Fruchtsäfte, grün, gelb und rot gefärbt, Perl-, und wie sie sonst noch vielversprechend benannt werden, erhalten Farbe und Geschmack meist von Chemikalien und sind ganz wertlos. Auch die eingebildeten Fruchtsäfte verlieren durch das Kochen an Vitaminen und an Geschmack.

Säfteobste können aus Beeren und Kernobst hergestellt werden. Das einfachste und verlässliche Verfahren ist das Entsaften des Saftes durch Wärme. Der Saft wird auf 75 Grad erhitzt, wodurch die Pektinase absterben, in Flaschen gefüllt und schließlich verschlossen.

Für die Verarbeitung größerer Mengen von Beeren, Äpfeln und Trauben gibt es eigene Apparate, Baumannsche Flaschenzerber, hergestellt von der Metallgießerei Adolf Kollig in Neu-Titschein, welche 75 bis 100 Liter Most in der Stunde entsaften. Zur Aufbewahrung erhält man Korbfaschen (25 Liter) und Fässer mit eigenen Abzugsvorrichtungen, die eine ständige Entnahme von Säfteobst gestatten, ohne daß der Inhalt in Gärung gerät, was für den dadurch wesentlich verbilligten

Ausschnitt von Säfteobst in Gasthäusern von größter Bedeutung ist. Es gibt heute schon eine große Anzahl Menschen in allen Bevölkerungsschichten, die abstinente sind oder die aus gesundheitlichen Gründen lieber alkoholfreie Getränke genießen. Der Genuß von Säfteobst wird desto größer sein, je besser und billiger er bei uns erhältlich sein wird. Leider werden die Säfteobste bei uns durch die Steuer, die zirka 1 K per Liter beträgt, sehr verteuert.

Hoffentlich wird uns die heutige gute Apfel- und Traubenernte auch recht viel Säfteobst bringen. Manche Traubensorten, die Massenträger sind, geben einen sauren Wein, aber einen ausgezeichneten Säfteobst, könnten also rentabel verwertet werden. Die Säfteobstbereitung eröffnet der Obstverwertung neue, ausrichtreiche Wege, darum werden wir für sie unter dem Schlagwort: Trinkt Obst! (Anwendung zur Verfeinerung im Haushalt: „Was sollen wir trinken?“, Prag, Calve, Malé nam.) Auskünfte über Säfteobstbereitung usw.: Professor Anstl, Arbeitsstelle für gährungslose Obstverwertung, Neu-Titschein.

Sommerfrische mit Gemüt.

Von Deare Goldbrook (New York).

Das rohgezimmerte Brett, das Jed Atterbury den Apfelbaum vor seinen kleinen Bauernhof geholt hatte, trug die Inschrift „Sommergäste werden aufgenommen“. Die Herrin Euphemia Huhn hatte mir die einfache Farm als ideale Sommerfrische empfohlen. „Sie werden dort so leben“, vertraute sie mir an, „wie einst unser Großvater oder unsere Großmutter gelebt haben. Den Komfort eines Hotels werden Sie freilich entbehren müssen. Aber dafür werden Sie Onkel Jed kennen und sicherlich lieben lernen. Er ist ein so entzückender, unverdorben alter Naturbursche — eine wahre Fundgrube für echtes Volkstum und Mutterwitz.“

Während der ersten vierzehn Tage meines Aufenthaltes rechtfertigte Onkel Jed in der Tat alle Erwartungen. Er war witzig, naturburschhaft und altmodisch. Seine Unterhaltung pflegte er mit wahrhaft vollständigen Redensarten zu würzen, und sein bäurischer Humor entzückte mich. Mit seinem schneeweißen Bart, seinen wettergebräunten Wangen und seinen halbmondförmigen, dicken Brillengläsern schien er aus einem alten Kupferstück in die Wirklichkeit entsprungen zu sein. Ihn bei seiner Arbeit helfen zu dürfen — er baute eine Steinmauer längs des Obstgartens — bedeutete eine besondere Begünstigung. Er sah die Steine sanft, fast jählich an und hielt häufig in der Arbeit inne, um gepfefferte Anekdoten aus Amerikas Pionierzeit zu erzählen. Am unvergesslichsten ist mir das Bild im Gedächtnis geblieben, wie Onkel Jed Abends bei der Petroleumlampe alte Volkslieder sang, während seine jungfräuliche Tochter Mathilda ihn auf einem leuchtenden Harmonium begleitete.

Obwohl Onkel Jed seinen Sommergästen weder Golf noch Tennis noch Bad zur Verfügung stellte, langweilte sich niemand: der Alltag des Bauerngutes bot hinlänglich Zerstreuung. Die meisten Gäste waren Großstädter, für die die Geräusche des Geflügelhofes von erfrischender Neuheit waren. Sie lauschten ihnen mit großem Interesse und beteiligten sich sogar schüchtern am Anschirren der Pferde und am Melken der Kühe.

Aber zwei Wochen genühten vollum für den durchschnittlichen Sommerfrischler. Im Verlaufe der dritten Woche meines Aufenthaltes fragte mich Onkel Jed ganz beiläufig, wann ich in die Stadt zurückkehren gedächte. Als ich erwiderte, ich hätte mich noch nicht entschieden, malte sich in seinem rauhigen alten Gesicht für einen Augenblick Enttäuschung. „Dachte, Sie finden es hier zu langweilig“, sagte er. „Im Spätsommer ist hier nicht viel los.“

„Das ist mir gerade recht“, beruhigte ich ihn. „Ich brauche Ruhe zur Arbeit.“ Onkel Jed nickte. „Dah' ich Ihnen übrigens schon die Geschichte von Großmutter Atterbury und den Laufjungen erzählt?“ Ich bejahte. Das veranlaßte Onkel Jed zu einem tiefen Seufzer. Dann klopfte er mir treuherrlich auf die Schulter. „Nun, wenn Sie abreisen wollen, sagen Sie es mir nur, damit ich Ihr Gepäck mit dem Ochsenwagen zur Bahn bringe! Am zwölf Uhr mittags geht ein sehr guter Zug...“

Nach Ablauf der vierten Woche war es ganz klar, daß Onkel Jed mich loswerden wünschte. Kein einziger Gast war so lange wie ich geblieben. Ich hatte alle seine Anekdoten und Witze bereits gehört. Mehr als einmal entdeckte ich Widersprüche in seinen Erinnerungen. Er erörtere dann immer ängstlich und schüchtern im Gegenlicht zu seiner überdehnten Feindseligkeit erfüllt zu sein.

Onkel Jeds Benehmen verwunderte mich mehr, als es mich beleidigte. Von seinem Buchweizenpflanzenfeld blickte er oft wehmütig zu mir auf, und er murmelte Unverständliches vor sich hin, wenn ich ihm bei seiner Arbeit an der Steinmauer half. Seine Laune verschlechterte sich von Tag zu Tag. Doch erst in der letzten Woche meines Aufenthaltes sah ich die Ursache seines Kummers entdecken. Es war eine herrliche Sommernacht — die Grillen zirpten, und ich war länger als sonst ausgeblieben —, als plötzlich Musik an mein Ohr drang. Sie kam von unten, und es war nicht das sanfte Flüstern des Harmoniums der Jungfer Mathilda; es war unverfälschte Jazzmusik. Ungläubig schlich ich auf den Gang und lauschte. Die Musik brach plötzlich ab. Dann hörte ich Onkel Jeds laut protestierende Stimme. „Richt abbrechen, Mathilda!“ rief er. „In zehn Minuten senden sie Paul Wilheman!“

„Wenn du Jazzmusik hören willst, mußt du die Kopfhörer benutzen“, antwortete seine Tochter energisch. „Was würden sich sonst unsre Gäste denken?“ „Ist mir ganz egal, was sie sich denken“, erklarte Onkel Jed verächtlich. „Ich sage dir, Mathilda, daß mir die Eintönigkeit dieses Daseins schon allzu sehr auf die Nerven geht. Es ist jetzt schon drei Monate her, daß ich bei keiner Revue gewesen bin und keinen Cocktail getrunken habe. Und jedesmal, wenn ich eine Zigarette rauchen will, muß ich mich hinter den Schuppen schleichen wie ein Zehnjähriger!“

„Du glaubst wohl, daß es mir Spaß macht, Rattenschürzen zu tragen, Petroleumlampen anzuzünden und dieses grauenvolle Harmonium zu treten?“ fragte seine Tochter. „Sieh dir nur einmal meine Fingerringe an! Drei Monate war ich in meinem Manicursalon.“

„Sieh dir meine an!“ rief Onkel Jed zornig. „Das kommt davon, wenn man eine Steinmauer bauen soll. Dabei werden unsre Ziegele schon so knapp, daß ich mich jede Nacht hinaus schleichen und alles niederrücken muß, was ich am Tage gearbeitet habe...“

„Es ginge ja noch an, wenn dieser verdammte Federstecher nicht wäre“, fuhr Onkel Jed starrköpfig fort. „Ich wollte, er reiste endlich ab. Er wohnt jetzt schon so lange bei uns, daß er all meine Späße und Kindheitserinnerungen auswendig weiß.“

„Wir wollen uns ein paar neue Bauernsalen kommen lassen, Papa“, schlug Mathilda vor.



Diese „Musikinstrumente“ schalten Sie verlässlich aus.

Wenn Sie einen Batterieempfänger mit Batterien PALABA zum Rundfunkempfang benutzen. Der Unterschied im Empfang ist derartig, daß Sie selbst mit den billigsten Apparaten besser hören, als mit den teuersten Apparaten. In jedem Fachgeschäft führt man Ihnen gerne die Anodenbatterien PALABA vor und demonstriert Ihnen die Unterschiede im Empfang.

„Du mußt dich zusammennehmen, es dauert ja nicht mehr lange.“

„Dann kann ich mir endlich diesen lächerlichen Bart abnehmen lassen und wieder anständige Kleidung anziehen“, rief Onkel Jed aus. „Und wie ich mich darauf freue, wieder einmal in ein anständiges Kino zu gehen und...“

In diesem Augenblick beischloß ich, Onkel Jeds Blut vollständig zu machen. Ich ging ins Wohnzimmer und verkündete meine Absicht, am nächsten Morgen abzureisen. Onkel Jed war verblüfft. „Wie schade!“ jubelte er. Dann, sich zusammenraffend, knurrte er vor sich hin: „Werden Sie wohl vermissen, junger Mann. Der Sommer ist jetzt gerade am schönsten, und Sie sagen uns schon Lebewohl. Wir zwei, Mathilda und ich, sind an das einfache Landleben gewöhnt und wünschen uns nichts

andres. Aber Sie zieht es eben schon wieder in die Großstadt. Immer hastig und ruhelos. Nun, jeder nach seinem Geschmack, wie die alte Dame bemerkte, als sie die Rage tötete.“

Am nächsten Morgen fuhr ich im Ochsenwagen zur Bahn, während Onkel Jed in seiner Stipparbeit an der Steinmauer innehielt und mir freundliche, aber entschiedene Abschiedsgrüße zuwinkte. Noch sehe ich ihn vor mir in seinem fadenfarbenen Arbeitskleid, mit seinem windzerzausten weißen Bart und seinen durch dicke Brillengläser auf mich starrenden freundlichen blauen Augen und ihm zu Häupten, an den Stamm eines knorrigen Apfelbaumes genagelt, die einfache Inschrift: „Sommergäste werden aufgenommen.“

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Sexualmörder.

Der soeben aufgedeckte grauenhafte Mord an den 16jährigen Bogen Kurt Schöning ist die Tat eines Sadisten; denn der 25jährige Rolf von Busch mordete nur um des Todes wegen, nur um seine krankhaften Triebe befriedigen zu können. Solche Lustmorde sind leider nicht selten. Die Kriminalgeschichte aller Länder und aller Zeiten kennt zahlreiche Beispiele dafür.

Recht dem französischen Landru, dem grausamsten Blaubart dieses Jahrhunderts, und dem Massenmörder Kürten, kennen wir aus jüngster Zeit eine ganze Reihe von Verbrechern, die ihre Opfer im Sexualverkehr mit tierischer Bestialität ermordeten.

Der Kürten von Wesermünde.

Einige Tage nach Kürtens Hinrichtung, am 8. Juli 1931, mußte sich das Schwurgericht in Wesermünde mit den Schredenstaten des Maurers Hermann Kürte befassen. Das Treiben des Unholdes setzte am 4. August 1930 ein, als man die fünfjährige Anni von der Heide schwer verletzt auf einem Ackerfeld bei Wesermünde vorfand. Die Nachforschungen der Polizei nach dem Täter blieben damals erfolglos. Am 11. August ging dann bei der Kriminalpolizei ein Brief folgenden Inhalts ein:

„Wehrte Polizei in Wilhelmstraße. Lebe Gebt euch keine Mühe der Täter macht noch mer solche schönen Sachen, es ist noch nicht der letzte Bal. Rache ist Trumpf. Es grüßt er selbst.“

... den 10. 8. 30.

Es ist schade um die Opfer, aber es muß sein. Ich bin 50 Jahre alt, 168 g. spert kein Urein.“ (Soll wohl heißen: Unschuldigen ein.)

In der Tat verschwand einige Tage später ein zweites Schulmädchen, die siebenjährige Ingeborg Bopp. Alles Suchen nach ihr blieb wochenlang erfolglos. Schließlich meldeten sich drei Männer, die ausgaben, daß sie an dem kritischen Tag den Maurer Kürte mit einem kleinen Mädchen über das Feld hätten gehen sehen. Bei Kürte wurde nun eine Hausdurchsuchung vorgenommen und einige blutige Kleidungsstücke gefunden. Ferner versicherte der Schreibachverständige, daß die Handschrift des anonymen Briefes an die Polizei mit der des Angeklagten identisch sei. Auf diese Weise konnte Kürte überführt und zum Tode verurteilt werden. Die Verhandlung ergab, daß Kürte fünf Jahre in der Irrenanstalt gefesselt hatte und sexuell wie moralisch schwer belastet war.

Der Unhold von Stettin.

Im September vorigen Jahres wurde in Stettin ein Sittlichkeitsverbrechen entdeckt, das an Grausamkeit die Fälle der letzten Zeit weit in den Schatten stellt. Die zehnjährige Annaliese Ahlesfeldt ging von der Schule heim und befand sich eben auf der Landstraße, als sie plötzlich von einem Mann angefaßt und gewürgt wurde. Der Unbekannte schleifte das Mädchen, trotzdem es sich sehr wehrte und dem Täter starke Krampfwunden im Gesicht beibrachte, von der Landstraße in einem abseits gelegenen Sumpf. Dort legte er der zehnjährigen einen Strick um den Hals, würgte sie solange, bis das Mädchen in Ohnmacht fiel und mißbrauchte sie.

Einige Wochen später gelang es der Stettiner Kriminalpolizei, in der Person des Hafenarbeiters Ernst Platonow den Täter ausfindig zu machen. In Verbindung mit diesem Fall wurden Platonow noch eine große Anzahl von Straftaten zur Last gelegt, und zwar unter anderem auch drei bisher unaufgeklärte Lustmorde und einige Sittlichkeitsverbrechen. Die die Verhandlung ergab, war Platonow ein Psychopath mit verminderter moralischer Widerstandskraft.

Auch Amerika hatte voriges Jahr seinen Kürten-Fall, Harry Powers.

der Frauenmörder von Clarksburg.

erregte damals die gesamte Öffentlichkeit.

Powers lebte auf einer Farm in Clarksburg zusammen mit seiner Frau und seiner Schwägerin. Es ging den drei Leuten gut, sie konnten zufrieden sein. Harry Powers war aber ein reiner Sadist und fühlte sich nur wohl, wenn er Blut sah. Frau und Schwägerin ließen sich herbei, seine Begierde nach Blut stillen zu helfen und inserierten in den Provinzzeitungen Amerikas nach jungen Mädchen zwecks häuslicher Ausbildung.

Die sich meldenden Mädchen wurden dann von dem Farmer in einem unterirdischen schalldichten Raum zuerst vergewaltigt und dann ermordet. Die Leichen wurden zerstückelt und mit Erde der beiden Frauen vergraben. Auf diese Weise wurden dreizehn junge Mädchen aus dem Wege geräumt.

Powers erklärte bei der Gerichtsverhandlung: „Ich habe aus einem inneren Muß heraus gemordet. Ich mußte Blut sehen, denn nur das Blut junger Mädchen konnte Entspannung bringen.“ Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Elf Frauen erwürgt.

Im März des Jahres stand vor den Linzer Geschworenen ein ganz eigenartiger Blaubart. Franz Leithgöb verübte im Verlauf von 20 Jahren nicht weniger als 19 Lustmorde. Die Polizei konnte nur schwer auf seine Spur kommen; denn der Massenmörder verwischte die Spuren, als wären die Gewalttaten gewöhnliche Raubmorde. Bei der Verhandlung erzählte er: „Ich habe meine Opfer immer nur betäubt, um den Verdacht von mir abzulenken. Ich bin ja, wie Sie wohl wissen werden, ein wohlhabender Mann und so fiel es niemandem ein, mich eines Raubmordes zu bezichtigen. Es gelang mir auch,“ führte er weiter aus, „die Spuren meiner Verbrechen so zu vertuschen, daß ich nicht einmal in Verdacht kam, der Täter zu sein. Ich habe nämlich alle meine Opfer erwürgt und verstand es dabei immer wieder, entweder Selbstmord oder Unfall vorzutäuschen.“

„In zwei Fällen“, gestand er prahlend, „zündete ich die Betten an, in denen die Leichen lagen. In beiden Fällen wurde von den Behörden auf Unfall erkannt. Ein anderes Mal wiederum hängte ich das erwürgte Mädchen am Fensterkreuz auf. Der Totenbefund lautete dann tatsächlich auf Selbstmord.“

In einem vierten Fall wurde eine Frau erwürgt aufgefunden, die Leithgöb keine „Großmutter“ nannte, die in Wirklichkeit aber eine seiner Freundinnen war. Leithgöb beteiligte sich

eifrig an den Nachforschungen, so daß auf ihn, den Mörder, zunächst kein Verdacht fiel. Die geraubten Sachen wurden dann bei seiner Verhaftung in seiner Wohnung entdeckt. Auch Leithgöb mordete nur um des Todes willen.

Gans Zehnbogel

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Britischer Gewerkschaftskongreß.

Der diesjährige ordentliche britische Gewerkschaftskongreß fand vom 5. bis 10. September in Newcastle statt. Es lagen ihm äußerst wichtige Berichte der wirtschaftlichen Abteilung der Landeszentrale vor über die Handelspolitik und die Uebergangsformen zur Sozialisierung sowie die verschiedenen Formen der Gemeinwirtschaft. Von wie großer unmittelbarer Bedeutung gerade die letztere Frage ist, unterstrich der Berichterstatter Cramp indem er sagte: „Ich glaube nicht, daß die jetzige Wirtschaftsordnung die zwei nächsten Winter überleben wird. Ich bin der Ansicht, daß die finanzielle, wirtschaftliche und politische Lage in den nächsten Monaten so ernst werden wird, daß das Volk unseres eigenen Landes und anderer Länder entweder auf friedlichem oder anderem Wege außerordentlichen Umgestaltungen bestehen wird.“

Um die bereits zu einem gewissen Abschluß gebrachten Untersuchungen auf diesem Gebiete noch zu vertiefen und die im diesjährigen Bericht herausgearbeiteten Formen vollsozialisierter, gemischtwirtschaftlicher und ähnlicher Betriebe noch genauer zu umschreiben, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der der Generalrat aufgefodert wird, „den angeschlossenen Organisationen einen Bericht über die besten Methoden der Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in eine aufgenossenschaftlicher oder sozialistischer Grundlage aufgebaute Gesellschaftsordnung zu unterbreiten.“

Was die Frage der Handelspolitik betrifft, so bestätigte der Gewerkschaftskongreß die bereits seit Jahren aufgestellten Grundsätze. Die britischen Gewerkschaften sind sich der Gefahren des Protektionismus voll bewußt, geben sich andererseits aber auch Rechenschaft darüber, daß, wenn man Realpolitik treiben will, im Kampf gegen die einseitige Schutzpolitik die bloße Bekämpfung des Freihandelsprinzips in der jetzigen Zeit keine praktischen Resultate zeitigen kann und das Ziel vielmehr allgemeiner in einer rationaleren Organisation der Wirtschaft als solcher gesucht werden muß. In diesem Sinne beauftragte der Kongreß den Generalrat, die wirtschaftlichen Folgen der Zölle in den verschiedenen direkt und indirekt betroffenen Industrien zu prüfen und einem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.

Im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelangte ein Beschluß zur Annahme, der gegen die Lohnherabsetzungspolitik und die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung gerichtete ist und sich für die Streichung der Reparationen und Kriegsschulden, die internationale Prüfung der übrigen Fragen der internationalen Schulden, die Herabsetzung der Zollschranten, den Wohnungsbau, die Arbeitsbeschaffung durch großangelegte öffentliche Arbeiten, die öffentliche Kontrolle der Banken und monopolistischen Unternehmungen sowie eine Grundsteuer ausspricht.

International von besonderer Bedeutung sind die Entschliessungen über die Abrüstungsfrage und die Verkürzung der Arbeitszeit.

Abrüstung: Die britischen Vertreter der Abrüstungskonferenz sollen aufgefordert werden, als Mindestresultat der Abrüstungskonferenz die Durchführung des Vor schläges von Hoover über die Kürzung der Land-, See- und Luftstreitkräfte um ein Drittel zu verlangen. Ferner wurde erklärt, daß ein Abrüstungsvertrag nur dann Vertrauen einflößen kann, wenn er eine drastische Herabsetzung und Begrenzung der Ausgaben für Rüstungen sowie eine strikte internationale Kontrolle der öffentlichen und privaten Kriegsmaterialproduktion vorsteht.

Verkürzung der Arbeitszeit: Der Generalrat wurde beauftragt, sich intensiv für die Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen gleichzeitig sprach sich jedoch der Kongreß gegen irgendwelche Aktionen zugunsten der Arbeitsverkürzung aus, durch welche die Lebenshaltung der Arbeiterschaft getroffen würde. Die rationalisierte Industrie könne eine Produktion gewährleisten, bei der die Verkürzung der Arbeitszeit ohne eine Herabsetzung der wöchentlichen Lohnsumme möglich sei. Der Generalrat soll sich international für eine gezielte 40-Stunden-Woche in allen Ländern als wirksame Methode für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen.

Als Vertreter des IGB wohnte sein Vorstandsmitglied E. Mertens dem Kongreß bei.

30 Groschen
30 Pfennig
30 Kappen
r. 46 L. K.

Die größte illustrierte Wochenschrift.
Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Gumpflüten der Nachkriegszeit.

Redakteur Herodes.

Prag, 14. September. Dieser Mann mit dem biblischen Familiennamen Herodes (mit Vornamen heißt er Adrecht) kann als Repräsentant für eine gewisse Kategorie fragwürdiger Existenzen betrachtet werden, wie sie diese Übergangszeit an die Oberfläche spült. Dieser Mensch bezeichnet sich als „Redakteur“ und sogar als den „wichtigsten Redakteur“ des „Polednik“. Unter diesem Titel begibt er eine Erpressung an einer hiesigen Firma, der er mit „seiner Presse“ droht, wenn er nicht eine gewisse Summe auf die Hand erhalte.

Aber dieser Herodes ist vielseitig. In mehreren Presseprozessen zwischen den Stfibrnzeitungen und den nationalsozialistischen Todfeinden des Abg. Stfibrn trat er als Zeuge auf und zeigte vor Gericht. Mal so, mal so — wie es sich eben schickte. Seine Aussagen erwiesen sich als unwahr.

Aber Herodes war noch vielseitiger. Die Anklage beschuldigte ihn außer diesen Delikten, denen man immerhin noch ein politisches Mäntelchen umhängen könnte, wenn es auch die schändliche Blöße nicht verdecken kann, außerdem noch des gemeinen Diebstahls, den er mit einem Diebsgenossen begangen hat, dessen Sache aber ausgetrieben wurde und separat verhandelt wird.

Endlich ist Herr Herodes noch des Tragens eines verbotenen Uniformstückes beschuldigt, dieweil er ein Hemd der faschistischen „Miliz“, genannt „Rodobrana“, angelegt hatte. Damit dürfte die Persönlichkeit dieses 33jährigen „Redakteurs“ so ziemlich umschrieben sein.

Es wurden zahlreiche Zeugen einvernommen; unter ihnen auch Abg. Stfibrn und Dr. Bouček, der seinerzeit die antifaschistische „Narodni Pravda“ herausgegeben hatte. Aber keiner wollte ihn mehr kennen. Aus den Zeugenaussagen ging hervor, daß er sich die verschiedenen „Vertraulichen Besprechungen“ rein aus den Fingern gefaßt hat. Nun ja — der Tatbestände gab es viele: Erpressung — Verleumdung — Diebstahl — Übertretung gegen das Verbot illegaler Uniformen, ein hübsches Bündel von Anklagepunkten, aus welchem sich nach stundenlangem Verhandlung vor dem Senat des OGH. Redd endlich um halb 4 Uhr nachmittags das verurteilende Erkenntnis kristallisierte: acht Monate schweren Kerlers unbedingt. rb.

Der falsche Arzt.

Sonderbare Karriere eines Realschülers.

Prag, 14. September. Der heute 33jährige Franz S. hat eine merkwürdige Karriere gemacht. Absolvent der Realschule, wollte er später die vorgegebene Lateinmatura nachholen und absolvierte inzwischen zwei Semester Medizin als außerordentlicher Hörer. In einem Genesungsheim im Tatragebiet half er zunächst im Laboratorium mit und wurde dann von dem Arzt als angehende Kollege zur Krankenwarte mitgenommen. Es kam hohe Inspektion und der inspezierende Chefarzt fand an dem intelligenten jungen Mann, der ihm als Doktor vorgestellt wurde, Gefallen. Er forderte ihn auf, ihn in Prag zu besuchen. Auf Empfehlung dieses Chefarztes kam er als Volontärarzt bei der „Strojnicka nemocnica pojistovna“ an, ohne daß man vorher sein Diplom zu sehen verlangt hätte — im Vertrauen auf seine bisherige ärztliche Praxis.

Seither folgerte der junge Mann selbstbewußt unter der Flagge eines approbierten Arztes, stellte Diagnosen, schrieb Rezepte, sog

eine Privatpraxis an sich und vertrat sogar ärztliche Kollegen, wenn sie auf Urlaub gingen. Er verwickelte sich in häßliche Affären. Vor allem in einem Fall, der auch heute noch nicht völlig aufgeklärt ist und der sich um die Lebensversicherung eines totkranken Menschen dreht, bei welcher er auf Veranlassung des abschließenden Versicherungsbeamten als begutachtender Arzt intervenierte. Dieser Agent — er führt den Ingenieurstitel — bekam schließlich Angst und machte das Geschäft rückgängig (es handelt sich um ein Versicherungskapital von 200.000 K.). Dabei soll der Angeklagte eine Erpressung verübt und von dem Vermittler 50.000 K. als Schweigegeld verlangt haben — für die Ausstellung eines unmaßnah Gesundheitsattestes für den schon in den letzten Jügen liegenden Versicherungsamtwärter. Wie gesagt — die Sache ist nicht aufgeklärt und die Aussagen des als Zeugen erschienenen Ingenieurs waren mehr als vorsichtig.

Der Gerichtshof (OGH. Trojs) verurteilte den Angeklagten, der sich in seiner Eigenschaft als Arzt in verschiedener unzulässiger Weise Geld und Geldwert zu verschaffen gewußt hatte und zum großen Teil auch geständig war, zu acht Monaten schweren Kerlers. Die Strafe ist unbedingt — vor allem mit Rücksicht auf die schwere Gefährdung seiner Mitmenschen, deren sich der Zufallsarzt durch Betrieb seiner unbefugten Praxis schuldig gemacht hat. rb.

Der Film

Was bringt uns der Ruffenfilm?

Trotz mancher Zensurschwierigkeiten wird auch die kommende Spielzeit unserer Kinos Ruffenfilme bringen, die uns eine Ahnung von dem geben, was an Volksbildung und Volkserhebung vom lebenden Bild ausgehen kann; die Auswahl, die uns geboten wird, ist bescheiden und so gestaltet, daß die Herren Zensurbürokraten womöglich keinen Anlaß zum Einschreiten finden. Es sind darum vor allem Dramen und Schauspiele, die eingeführt werden. Als erste Premiere wird ein Werk gestartet, das von einer Regisseurin Proobrascen-Slaja geschaffen wurde: „Der stille Don“ schildert frei nach dem Roman von Scholochoff die Geschichte des jungen Kosaken Grigorij, der über die Liebe zu einer Frau aus Kaulankreisen hinwegkommt in dem Moment, da ihm von Genossen die Augen geöffnet werden zur Mitarbeit am sozialen Aufbau. Der Film gibt vor allem ein wahres Bild des Lebens jener Kosaken, deren Emigranten bei uns so einzigartige Konzerte veranstalten. Ein zweiter Film, der erste Tonfilm, heißt „Der Weg ins Leben“ und behandelt das Problem der Jugendbesserung; es wird hier gezeigt, wie selbst die vernachlässigte Moskauer Jugend zu wertvollen Menschen gemacht wird, wenn man sie mit richtigem Vertrauen zur Arbeit anleitet. Der Film, fast ausschließlich von Jungen gespielt, ist ein Gipfelpunkt kollektiver Kunstleistung. Ebenso stark im Bildlichen ist „Das Land des Durstes“; hier wird der Durchbruch des heiligen Berges Timur geschildert, der die notwendigen Bewässerungsbahnen abhakt; trotz dem Widerstande der religiösen Schajis gelingt es den Ingenieuren, das Land zu bewässern und die Menschen darum von den Brunnen der Machtgeber unabhängig zu machen. Zwei Parallelwerke aus dem Leben der Stadtarbeiter werden besonders interessieren: „Goldene Berge“ und „Zwei Wiedersehen“. Im ersten Film wird vom Autor und Regisseur Zulfewitsch ein junger Arbeiter Peter gezeigt, der sich von seiner Bewunderung für die Fabriksherren und ihrer Kasseherren befreit und selbst die

ihre Familienangehörigen, um nicht selber Hungers zu sterben.

Der Korrespondent berichtet folgende erschütternde Szene:

„Herrin, ich wollte fragen, ob du nicht meine Tochter kaufen willst? Sie wird fleißig und gelehrig sein, es wird ihre Aufgabe sein, dir die Hände unter die Füße zu legen...“

Der japanische Bauer in seiner blauen Bluse sieht mich lächelnd an, während in seinen Augen Dual und Verzweiflung steht. Er schiebt das junge Mädchen in seinem breitgestreiften baumwollenen Kimono, das sich immer wieder hinter ihm verbergen will, fast vor. Sie steht da, zittert, sieht verlegen lächelnd aus dem Fenster, hinaus auf die Klippen im Meer. Beide, Vater und Tochter, unwahrscheinlich schmal und blutleer.

„Ja, Herrin, kaufen! Die Nachbarn verkaufen alle ihre Kinder — was sollen wir machen? Wir können sie doch nicht verhungern lassen...“

„Ich werde deine Tochter mieten...“

Sein Mund lächelt verzweifelt.

„Rein, Herrin, wenn es dir gefällig ist, nicht mieten. Wir brauchen Geld. Man bietet 400 Yen für ein Mädchen wie Pohji San, das gelernt hat, zu waschen, zu nähen, Blumen binden und Tee zu bereiten. Zu mieten? Das bringt nur 5 Yen, Herrin, die du in diesem Monat zahlen würdest, wenn dein Herz gültig ist. Aber dieses Kindes Mutter soll von dem Geld leben und seine kleinen Ge-

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Tisch-Tennis-Meisterschaft der Gehirsel.

24. September bis 9. Oktober 1932.

Einzel- und Doppelspiele. — Kenngeld 3 bzw. 1 K. Anmeldungen bis 14. September an Tgen. Wöbius jun.

Nähere Auskünfte erteilen die Tgen. Wöbius jun. und Taub.

Sirene zum Streit in Tätigkeit setzt, als er erkennt, daß Kompromisse unsinnig sind; im zweiten Film werden zwei Kriegskameraden gezeigt, von denen der eine mit einer Spionin verheiratet ist und erst aus ihrem Bann zu wahrer Arbeit befreit werden muß. Am meisten verpricht man sich vom Tonfilm „Aus einem Totenhaus“ nach den gleichnamigen Memoiren von Dostojewski in der Regie von Fedorow, in dem die Verbanung von Dostojewski, die Ursachen seines Anarchismus und dann seine Wandlung zum Reaktionsär, der durch Sibirien vollkommen gebrochen wurde, gezeigt werden; trotz dem düsteren Inhalt gibt dieses Werk den lichten Aspekt, daß der große Dichter nicht auf immer der Wahrheit und dem Kampf für das Recht verloren gegangen ist. Außerdem sollen Kulturfilme importiert werden, die fast durchwegs zeigen, wie der Sozialismus mit Hilfe der Technik die Natur bezwingt und so den Wertvollen neue Lebensmöglichkeiten und Formen gibt.

Schon aus diesen kurzen Sähen ist ersichtlich, daß Rußlands neue Filme vor allem durch ihren starken Inhalt ausgezeichnet sind; das, was bei uns die Schwäche ist, wird hier zur Stärke und vor allem zur Diskussionsbasis; mit dem Kern dieser Filme können, ja müssen wir vielleicht polemisieren, aber dem Wert wird niemand die Achtung absprechen, die wir uns bei der Mehrzahl unserer Standardwerke als Angehörige der arbeitenden Klasse nicht abringen können. Ja, man muß nicht einmal bewußt den Weg zum klassenbewußten Proletariat gefunden haben um zu erkennen, daß die herrschende Produktion jedes Denken, jede Wahrheitssehnsucht ausschaltet, nur um den wahren Zweck des Films: das Geldverdienen, zu bemänteln; das fehlt dem Ruffenfilm, die Länge der Zeit wird nicht mehr zur tendenziösen Maske der Kunst erhoben und als integer erklärt: das sei die große Lehre, das ist das Geheimnis der ungeheuren Kraft dieser Werke, ihres einzigartigen Erfolgs.

Walter Lustig.

Kunst und Wissen

Heute „Figaro“ statt „Entführung“. Wegen Erkrankung des Herrn Rabez geht heute statt „Entführung aus dem Serail“ die „Hochzeit des Figaro“ in der erfolgreichen Neueinstudierung in Szene. (Abonn. C 1.) — Die Aufführung der neuinstudierten „Entführung aus dem Serail“ ist nur um einige Tage verschoben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7.30 Uhr: „Figaros Hochzeit“ (C 1). — Freitag, 7.30 Uhr: „Die drei Muletter“ (D 1). — Samstag, 7.30 Uhr: „Rauhacht“ (A 1). — Sonntag, 6 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg“ (Abonn. aufgehoben). — Montag, 8 Uhr: „Arm wie eine Kirchenmaus“ (B. B.).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“. — Freitag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“. — Samstag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“. — Sonntag, 8 Uhr: „Coeur-Bube“.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Frauenbezirkskomitee Prag. Freitag, den 16. d. 6 Uhr, im Parteisekretariat Frauensigung. Um bestimmtes Erscheinen wird ersucht.

Sport • Spiel • Körperpflege

7 internationalen Höchstleistungen im Arbeiterschwimmisport.

Der Wassersport-Fachauschuß der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale hat die neue Höchstleistungsliste zusammengestellt. Sie enthält folgende Zeiten und Sieger:

Männer: Brustschwimmen: 100 Meter: Wöber (Österreich) 1:17.3 Min.; 200 Meter: Högl (Ö.) 2:53.4 Min.; 400 Meter: Högl (Ö.) 6:17 Min.; Rückenschwimmen: 100 Meter: Hofbäd (Ö.) 1:17 Min.; 200 Meter: Scheerbarth (Deutschland) 2:55.8 Min.; Kraulschwimmen: 100 Meter: Grünh (D.) 1:04.8 Min.; 200 Meter: Grünh (D.) 2:32 Min.; 400 Meter: Grünh (D.) 5:23.3 Min.; 1500 Meter: (Ö.) 24:55.2 Min. — Stafetten: 4x100 Meter Brust: NSB. Wien 5:26.7 Min.; 3x100 Meter Lagenstafette: NSB. Wien 3:39.3 Min.; 4x100 Meter Kraul: NSB. Wien 4:35.3 Min.

Frauen: Brustschwimmen: 100 Meter: Schweiger (Ö.) 1:35.6 Min.; 200 Meter: Stoll (D.) 3:27.6 Min. — Rückenschwimmen: 100 Meter: Heber (D.) 1:30 Min. — Kraulschwimmen: 100 Meter: Frohn (D.) 1:21.6 Min.; 200 Meter: Frohn (D.) 3:11 Min. — Stafetten: 4x100 Meter Brust: NSB. Wien 6:41.7 Min.; 3x100 Meter Lagenstafette: Berlin 4:38.8 Min.; 4x100 Meter Kraul: Berlin 5:53.4 Min.

Die Ländermannschaft des belgischen Arbeitersportverbandes war in der Schweiz ein seltener, dafür aber ein vorzüglich spielender Gast. Gegen die Ländermannschaft des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverbandes gewannen die Belgier in Zürich 3:1 und in einem Wiederkampf gegen die Stadtemannschaft Bern-Basel 8:0.

Neue internationale Höchstleistung im Stemmen. Bei den Einzelmeisterschaften im Stemmen, die der Bezirk Wien-West der Arbeiterkraftsporler Sonntag austrug, stellte Halla (Gaswert 8 Wien) im Mittel-B-Gewicht im beidarmigen Reifen mit der Leistung von 110 Kilogramm eine neue internationale Höchstleistung auf; er verbesserte die alte Höchstleistung gleich um fünf Kilogramm.

Das Radrennen Wien-Zemmering-Wien der Arbeiterradfahrer gelangte Sonntag zur Durchführung. An dieser über 176.5 Kilometer langen Fernfahrt beteiligten sich 100 Fahrer. In der Kategorie der Hauptfahrer siegte Gneist (Weidling) in 5:44:25 Std. vor Hamedli (Freiheit Wien) und Schöfner (Straßenbahn Wien). Bei den Junioren siegte Höfner (Freiheit Wien) in 5:34:30 (neue Bestzeit).

Bürgerlicher Sport.

Indiens Landhockey-Team gab am Dienstag in Prag ein Gastspiel; sein Partner war die DGBH Prag als Vertreter des Deutschen Hockey-Verbandes und verlor selbstverständlich mit 12:0 (5:0). Die Ander zeigten eine fabelhafte Stadtechnik, eine Menge Tricks und artistische Kunststücke und hätten ebensogut noch mehr Toreerfolge erzielen können. Die Heimischen hatten demnach nicht viel zu bestellen und wehrten sich, so gut es ging, wenn auch vergeblich. Zum Schluß gab es noch eine Firtusvorstellung: Die Ander spielten fünf Minuten lang (Schläger nur links Hand!) gegen 23 Frauen und siegten in dieser Zeit mit 1:0. Dieses Arrangement entsprach wohl mehr der gesellschaftlichen Sensation und der weiblichen Eitelkeit. Armseliger bürgerlicher Sport!

„Schlagt weiter die Hitler-Lumpen!“ In Dresden fand Sonntag das Spiel Sportclub (SC) gegen Ring statt, das 1:1 endete. Krawall und Schlägerei war an der Tagesordnung. Da Ring ein Unentschieden erzielte, gerieten die Ring-Anhänger ganz aus dem Häuschen und schrien im Chor: „Schlagt weiter die Hitler-Lumpen!“ Gemeint war damit die Sportclub-Verteuerung, die vor noch nicht zu langer Zeit eine Hitler-Verammlung auf ihrem Plage gestante. Daß bürgerliche Sportanhänger ihre Sportkameraden mit „Hitler-Lumpen“ bezeichnen, das läßt tief blicken!

Wie behandeln Sie Ihre Taschenuhr?

Für den regelmäßigen Gang einer Taschenuhr ist es sehr wichtig, wie man sie behandelt. Um die zweckmäßigste Art der Behandlung von Taschenuhren oder Armbanduhrn ausfindig zu machen, nahmen kürzlich amerikanische Fachleute in staatlichem Auftrag Untersuchungen vor, wobei vor allem einmal festgestellt wurde, daß der gute Gang jeder Uhr zum großen Teil davon abhängt, wie sie aufgezogen wird. So ist viel zu wenig bekannt, daß eine Uhr, wenn sie gut gehen soll, jeden Tag um dieselbe Stunde aufgezogen werden muß, weil schon eine einstündige Verzögerung beim Aufziehen Bewegungsverzögerungen des Uhrwerkes zur Folge haben kann. Außerdem soll eine Uhr niemals mit hastigen Bewegungen oder zu schnell, sondern immer nur gleichmäßig langsam drehend aufgezogen werden. Bei der in der Tasche getragenen Uhr hängt die Gangsicherheit auch davon ab, ob sie in einer gut passenden oder etwa zu großen Tasche liegt, weil sich im letztgenannten Fall die Uhr bei jeder Körperbewegung in der Tasche verschiebt, was ebenfalls ungünstig auf sie einwirkt. Auch gegen Temperaturschwankungen sind viele Taschenuhren ziemlich empfindlich, weshalb solche Uhren am besten in Innentaschen getragen werden, wo sie mit der Außenluft nicht in unmittelbare Berührung kommen, zugleich aber auch vor Stoß, Druck und dgl. bewahrt und auch bei Bewegungen des Körpers nicht verletzt werden. Weniger empfindlich sind die Armbanduhrn; immerhin sollte man aber auch sie nach Möglichkeit vor Stoß bewahren.

„Ein Mensch zu verkaufen!“ Vom Schandpfahl des kapitalistischen Systems.

Schade, daß man dem Kleinbürger und Bauern so schwer die Auswüchse des kapitalistischen Systems und seine Entartung in dieser Weltkrise begreiflich machen kann. Er liest nur ganz selten ein sozialdemokratisches Blatt und wenn sich gelegentlich mal ein ganz besonders schändliches Stück dieser sterbenden Wirtschaftsordnung in die bürgerliche Presse verirrt, dann begriffte er nicht, wer schuld daran trägt — die bösen Menschen oder das Kapital!

So sind in den letzten Tagen in einer großen Frankfurter Zeitung zwei Berichte über den modernen Menschenhandel und Sklavenmarkt, natürlich ohne weiteren Kommentar abgedruckt worden, der eine aus Tokio, der andere aus Los Angeles

In Japan herrscht bekanntlich unter der bäuerlichen Bevölkerung eine furchtbare Hungersnot, die durch die Mähernte dieses Sommers ausgelöst worden ist. Da dieses Land außerdem überindustrialisiert ist und die Massen seiner arbeitslosen Industriearbeiter nicht zu ernähren vermag, treiben sich Zehntausende von Menschen auf dem flachen Lande umher, sammeln Wurzeln und Baumrinde, fressen sich Lebensmittel und — verkaufen

schwierig, bis die nächste Ernte kommt. Denn in diesem Jahr haben wir nichts zu essen...

Aber nicht nur aus dem mit einer schmalen Ernteharveste verhebenen Japan werden derartige Dinge gemeldet, sondern auch aus den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Land mit der größten industriellen und agrarischen Produktionsbasis der Welt.

Ein Korrespondent desselben Blattes meldet aus Los Angeles von dem Sklavenmarkt, den irgend ein findiger Auktionator im „mezitan“ der „Bier“ eröffnet hat:

„Treten Sie näher, meine Herrschaften“, ruft er und legt auf einen Mann, der notdürftig bekleidet auf einem Stuhl sitzt, zur Ansicht der Neugierigen und eventuellen Interessenten. „Das ist Johnny Silverton, ein vorzüglicher Metalldreher. Wir erwähen das nur nebenbei, denn Johnny ist seit zwei Jahren, drei Monaten arbeitslos, und es verzweifelt sich von selbst, daß er jede, aber auch jede Arbeit übernimmt. Er behauptet, daß er selbst als Rindermädchen zu brauchen ist... Lachen Sie nicht, meine Herrschaften, bieten Sie lieber. Was meint der Herr? 30 Cents die Stunde? Abfälle fahren? Na, Johnny, dann lauf man — 30 Cents die Stunde!“

Ist das nicht eine Schande? Und eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische System? Man muß es allen Menschen in die Köpfe hämmern: das Ende der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie steht vor der Tür!

Pieter Pott.